

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	2
Deutsche Rüstungsexporte	2
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	2
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	14
Streitkräftestruktur	12
Bewaffnung der Streitkräfte	17
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	20
Polizei und andere Sicherheitskräfte	20

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	22
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	22
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	20
Innere Lage im Empfängerland	31
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	33
Bedrohung von Alliierten	35
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	35
Unerlaubte Wiederausfuhr	38
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	39

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Pakistan

Wie in vielen anderen asiatischen Staaten, ist auch in Pakistan die Mischung aus westlichen und östlichen Waffensystemen besonders auffällig. Größter Rüstungslieferant Pakistans in den Jahren 1995-2002 war die Ukraine. In den Jahren 2001-2005 hat dagegen Russland eine bei weitem wichtigere Position als Rüstungslieferant eingenommen, während zwischen 2007 und 2011 neben den USA China als herausragender Rüstungslieferant aufgestiegen ist. Auch deutsche Rüstungsexporte nach Pakistan sind in den Jahren 2004 bis 2007 stark gestiegen. Ein traditionell wichtiger Lieferant ist die Volksrepublik China. Vor allem während des verschärften US-amerikanischen Sanktionsregimes in den frühen 1990er Jahren spielten chinesische Waffenlieferungen eine entscheidende Rolle, um den hohen Rüstungsbedarf der pakistanischen Streitkräfte weiterhin zu decken. Die US-Sanktionen wurden jedoch bereits 1995 von der Clinton Regierung ausgesetzt. Im Zuge der Aufhebung der letzten amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegen Pakistan im März 2003 und ersten Erfolgen bei der Bekämpfung von Terrorismus haben die USA Pakistan seit 2002 mehr als 33 Mrd. US-Dollar an Hilfe zukommen lassen. Der Bereich Sicherheitshilfe – Fonds zur Finanzierung des Militärs und Unterstützung der Koalitionspartner – haben daran einen beträchtlichen Anteil. Insgesamt haben US-amerikanische Lieferungen in den letzten Jahren zugenommen, da Pakistan als wichtiger Verbündeter im „Kampf gegen den Terror“ umfassende militärische Unterstützung von den USA zur Terrorismusbekämpfung im eigenen Land erhält. Zwischen 2017 und 2021 war China mit Abstand wichtigster Rüstungsexporteur nach Pakistan, gefolgt Schweden, Russland, Italien, Türkei und den Niederlanden. Deutschland liefert seit 2004 jährlich Rüstungsgüter im zwei- bis dreistelligen Millionenbereich.

Erklärtes Ziel der pakistanischen Verteidigungspolitik ist es, sich von unsicheren Rüstungsexporten über See- und Landverbindungen unabhängig zu machen. Der älteste Rüstungsproduzent Pakistans, die „Pakistan Ordnance Factory“ (POF) bei Rawalpindi wurde bereits 1951 gegründet. Sie produziert mit Lizenz von Heckler & Koch Kleinwaffen sowie Munition und Explosivstoffe, darunter auch Landminen. Kampfpanzer und gepanzerte Fahrzeuge werden von „Heavy Industries Taxila“ (HIT) hergestellt. Die derzeit ehrgeizigsten Rüstungsvorhaben sind auf dem Marinesektor zu finden. Hier hat über die letzten Jahre eine Vielzahl geschickter Technologietransfers die Marinewerft in Karatschi dazu befähigt, moderne U-Boote, Patrouillenschiffe und Minenräumer herzustellen. Pakistan hatte bereits in den frühen 1970er Jahren mit seinem ehrgeizigen Atomwaffenprogramm begonnen. Die von den 40 Kilometer südlich von Islamabad gelegenen *Khan Research Laboratories* vorangetriebene Entwicklung der „islamischen Bombe“ befähigte Pakistan 1998 schließlich dazu, als erstes muslimisches Land nukleare Sprengsätze herzustellen.

Pakistan besitzt eine der größten Armeen der Welt. Die Soldat:innen sind im Allgemeinen gut ausgebildet und diszipliniert. Inzwischen drohen viele der konventionellen Waffensysteme Pakistans jedoch zu veralten, weshalb nicht-konventionelle, strategische Waffen für die pakistanische Militär- und Verteidigungsdoktrin an Bedeutung gewinnen. Als ehemalige Kolonialarmee ist das Heer noch immer nach britischem Vorbild strukturiert.

Im Falle einer Mobilmachung der Reservist:innen können bis zu eine Million Soldat:innen aufgestellt werden. Pakistan besitzt zwar weniger schwere Waffen als sein indischer Nachbar, im Allgemeinen sind die Waffensysteme, vor allem die Kampfpanzer, aber besser gewartet.

Das Nationalbewusstsein Pakistans definiert sich stark über die herausragende Rolle der Streitkräfte, vor allem des Heeres, in der Gesellschaft. Seit der Unabhängigkeit bildet das aus Teilen der *British Indian Army* entstandene Militär die kohäsivste nationale Gruppe. In der Tat ist erst durch die Streitkräfte vorangetrieben worden, dass sich der Gedanke vom „Islamischen Staat Pakistan“, dessen *raison d'être* einer kontinuierlichen Praktik der Differenzierung vom hinduistischen und säkularen Indien bedarf, manifestierte. Die durch die notwendige Wahrnehmung einer traditionell extern gelagerten (Indien) und seit wenigen Jahren auch intern (militante Gruppen) wirkenden Bedrohung konstituierte Macht des pakistanischen Militärs hat ganz entscheidende Folgen für den pakistanischen Staat an sich, insbesondere für seine interne, zwischen Demokratie und Militärdiktatur oszillierende Regierungsform. Bei fast jeder größeren Krise einer demokratisch gewählten Regierung intervenierte bisher das Militär. Dies hatte zur Folge, dass Pakistan bis 2013 für mehr als die Hälfte seiner Geschichte nicht von gewählten Volksvertreter:innen, sondern von Generälen:Generalinnen regiert wurde. Demokratische Institutionen und Strukturen konnten sich im Schatten des allmächtigen Streitkräfteapparates nur sehr bedingt etablieren. Meist scheinen sie vom Militär lediglich geduldet, nicht aber respektiert zu sein. Doch nicht nur gesellschaftlich und politisch, sondern auch wirtschaftlich ist das Militär von großer Bedeutung. Es ist die wichtigste Wirtschaftsmacht des Landes und hat mittlerweile ein undurchsichtiges Firmenimperium aufgebaut. Aktive und pensionierte Offizier:innen finden sich in Führungspositionen wieder und erhalten oftmals hohe Subventionen.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Pakistan ist einer Reihe von wichtigen Abrüstungsabkommen nicht beigetreten. Dies kann vor allem auf das in Pakistan vorherrschende Gefühl der eigenen Unsicherheit, bezüglich des vom indischen Nachbarn ausgehenden Bedrohungspotenzials zurückgeführt werden. Durch die Nicht-Mitgliedschaft im Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT) gilt Pakistan, genauso wie Indien und Israel, als inoffizielle Atommacht. Pakistan hat einige wichtige VN-Menschenrechtsabkommen zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert. Obwohl die Verfassung umfangreiche Bestimmungen zum Schutz von Menschenrechten enthält, gilt die Situation in Pakistan als schwierig. Zu den positiven Entwicklungen gehören die Abschaffung der Todesstrafe von Minderjährigen, ihre neuerdings separate Inhaftierung und die in der Politik eingeführte Frauenquote. Besorgniserregend sind vor allem der hohe Grad an Korruption innerhalb des Justiz- und Polizeisystems, die weite Verbreitung von Kinderarbeit und die Situation von Frauen im Land. Die Entwicklung einer liberalen Demokratie mit effektivem Rechtsstaat und Schutz der Menschenrechte wird dadurch sowie durch Extremismus/Islamismus, die starke Stellung des Militärs, den Einfluss von Feudal-/Stammes-Strukturen in Politik und Gesellschaft, sowie ein weiterhin wirksames, durch religiöse Intoleranz angereichertes quasi-Kastenwesen (*biraderi*), weiter behindert. Über die letzten Jahre hat sich die Menschenrechtslage nicht verbessert,

eher im Gegenteil: erzwungenes Verschwinden(lassen), staatliche Repressionen, hartes Vorgehen gegen politisch andere Meinungen, Verfolgung der Protagonisten anderer Meinungen, fabrizierte Anklagen gegen und Verhaftungen von Journalisten, Menschenrechtlern, religiösen Minderheiten gehörten genauso zum Alltag wie anhaltende Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen sowie die systematische Nichteinhaltung der Arbeitsetzgebung.

In Pakistan gibt es diverse interne Konflikte, die teilweise regelmäßig in gewaltsamen Auseinandersetzungen münden, z. B. zwischen islamistischen Gruppen und der Armee/Regierung, ethnisch-separatistisch überlagerte Ressourcenkonflikte (Belutschistan) und religiöse Konflikte zwischen Christ:innen und Muslim:innen bei Blasphemieanklagen letzterer gegenüber ersteren, zwischen Sunnit:innen und Schiit:innen sowie innerhalb beider Konfessionsgruppen. Verschlimmert wird die Situation durch die weite Verbreitung von Kleinwaffen, die meist über die Grenze zu Afghanistan ins Land gelangen. Die vom ehemaligen Präsidenten Musharraf nach den Ereignissen des 11. September 2001 initiierte Annäherung Pakistans an die Vereinigten Staaten führte in vielen Teilen des Landes zu einer erheblichen Radikalisierung militanter islamistischer Gruppen und einer weiten Verbreitung terroristischer Akte. Pakistan war und ist das Rückzugsgebiet der afghanischen Taliban und für ihr Widererstarken wird zu einem Großteil die pakistanische Unfähigkeit bzw. der Unwille zur entschlossenen Bekämpfung der afghanischen Taliban im Inland verantwortlich gemacht. Seit Jahren verüben die pakistanische Taliban (TTP) und andere terroristische Organisationen schwere Terroranschläge in Pakistan. In Folge des schweren Terrorangriffs auf eine Armeeschule in Peschawar, bei dem im Dezember 2014 über 150 Menschen (darunter über 130 Schulkinder) ums Leben kamen und für den die pakistanischen Taliban die Verantwortung übernahmen, haben Regierung und Militär mit Zustimmung aller politischen Kräfte des Landes ein weitreichendes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Terror und Extremismus beschlossen (National Action Plan). Der Nationale Aktionsplan, der u. a. die Einrichtung von Militärgerichten ermöglichte, Angehörigen des Militärs und der Sicherheitsorgane Immunität bietet und das Moratorium für die Todesstrafe aussetzte, gilt nach wie vor und wird regelmäßig verlängert.

Die Lage in Südasien gilt wegen den andauernden Spannungen zwischen den beiden inoffiziellen Atommächten, Pakistan und Indien, als unsicher. Seit der Teilung des Subkontinents im Jahr 1947 ist der Kaschmir-Konflikt das zentrale Problem in den Beziehungen zwischen Pakistan und Indien. 2019 erhöhten sich die Spannungen zwischen den beiden Ländern, nachdem das indische Parlament den Passus aus der indischen Verfassung strich, der der indischen Region Jammu und Kaschmir den Status einer autonomen Provinz garantierte. Pakistan reduzierte daraufhin seine diplomatischen Beziehungen zu Indien und setzte den bilateralen Handel aus. Auch nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan ist die Sicherheitssituation sehr ungewiss und erst die nächsten Monate werden zeigen, ob sich eine stabilisierende Wirkung einstellt.

Die formal existierenden Gesetze zu Waffenexportkontrollen in Pakistan geben theoretisch keinen Grund zur Kritik. Dennoch war Pakistan in der Vergangenheit in den Fokus des Interesses gerückt, nachdem bekannt wurde, dass der führende pakistanische Nuklearforscher und „Vater der pakistanischen (islamischen) Bombe“ Abdul Qadeer Khan Kopf eines internationalen Netzwerkes war, das illegal Technologien, atomwaffenfähiges Material und Know-how an Staaten wie Iran, Libyen und Nordkorea weitergegeben hat.

Mit 4,1 % des BIP gibt das Land viel für sein Militär aus. Im Vergleich zu den Gesundheits- (3,4 %) bzw. Bildungsausgaben (2,5) stehen diese in einem deutlichen Missverhältnis, insbesondere angesichts Pakistans niedrigen HDI-Wert von 0,557 (2019). Auch wenn das Land in der Datenbank in Bezug auf Kriterium 8 als unkritisch eingeschätzt wird, so scheint jedoch deutliche Vorsicht angebracht. In der Vergangenheit verhinderten insbesondere schlechte Regierungsführung und das geschlossene politische System, welches kaum Partizipation zulässt, dass das wirtschaftliche Potenzial Pakistans zum Wohle der Allgemeinheit eingesetzt wurde. Hierbei spielt auch das Militärs eine zentrale Rolle, welches nicht nur als zentraler politischer, sondern auch als ökonomischer Akteur in Erscheinung tritt.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2020 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für elektronische Ausrüstung: 87,2% Teile für U-Boote: 11,4%	0,76
2000	Splitterschutzhelme und Körperschutzwesten: 74,8% Revolver und Pistolen: 23,6%	0,0073
2001	Munition für Jagd- und Sportwaffen, inkl. -teile: 55,2% Teile für Sportpistolen und -revolver: 44,8%	0,0025
2002	Gepanzerte Geländewagen [Personenschutz]: 100%	0,23
2003	Ersatzteile für früher aus Deutschland gelieferte Kommunikationsausrüstung und Radaranlagen: 87,1%	0,89
2004	Datenverarbeitungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Stromversorgungen: 70,5% Sonaranlagen und Teile für U-Boote: 12,2% Software für Funkgeräte und HF-Modem: 5,9%	32,73
2005	Torpedos, Ausrüstung für Torpedos und Teile für Torpedos: 61,5% Torpedo-Schießsimulatoren, Sonarsimulatoren und Teile für Torpedo-Schießsimulatoren: 21%	99,73
2006	LKW und Teile für LKW: 37,5% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Mess- und Prüfausrüstung, Stromversorgungen: 26,5% Luftaufklärungssysteme: 20%	134,71
2007	Torpedos, Flugkörper und Teile für Torpedos, Flugkörper: 44,2% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen, Stromversorgungen: 35,2% Auswertanlagen für Torpedoübungsanlagen und Teile für Torpedoübungsanlage: 10,2%	163,82
2008	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Radarsysteme, Stromversorgungen: 63,4%; Lkw und Geländewagen mit Sonderschutz: 17,9%	93,28
2009	Kommunikationsausrüstung, Messausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Messausrüstung, Netzumformer: 68,5% Flugkörper und Teile für Torpedos, Flugkörper: 15,2%	61,65
2010	Flugkörper und Teile für Minenräumsysteme, Flugkörper, Torpedos: 49,3% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung,	96,68

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Radaranlagen: 30,7% Luftaufklärungssystem: 9,7%	
2011	Kommunikationsausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaranlagen: 53,8% Täuschkörper: 12,5% Geländewagen mit Sonderschutz [ausländische Botschaft und UN-Missionen]: 10,4% Teile für Transportflugzeuge, Aufklärungsflugzeuge, Luftüberwachungsflugzeug und Triebwerke: 9,8%	14,07
2012	Triebwerke für Hubschrauber, Fallschirme und Teile für Hubschrauber: 37% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radarausrüstung: 25% Flugkörper, Prüfgeräte für Flugkörper, Bodengeräte für Flugkörper und Teile für Flugkörper, Lagerbehälter: 20,9%	33,14
2013	Flugkörper und Teile für Torpedos, Flugkörper, Reparaturausrüstung, Wartungsausrüstung: 45,6% Luftaufklärungssystem und Teile für unbemannte Luftfahrzeuge: 26,9% Kommunikationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Prüfausrüstung: 16,7%	46,67
2014	Flugkörper und Teile für Torpedos: 61,5% Kommunikationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Prüfausrüstung, Ortungsausrüstung, Stromversorgungen: 11,3% Teile für Hubschrauber und unbemannte Luftfahrzeuge: 9,2%	21,82
2015	LKW, Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft] und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, ballistischen Schutz [VN-Mission]: 51,5% Luftaufklärungssystem und Triebwerke für Hubschrauber: 33,5%	35,98
2016	LKW, Minenräumerausrüstung, Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft] und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Minenräumgeräte: 45,0% Kommunikationsausrüstung, Funkstöreinrichtung, Messausrüstung, Prüfausrüstung, Kathodenstrahlröhre, Lenkausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Funkstöreinrichtung, Radarüberwachung, Ortungsausrüstung, Stromversorgungen: 26,1% Triebwerke, Bodengeräte zum Filtern von Treibstoff und Teile für Kampfflugzeuge, Bodengeräte zum Filtern von Treibstoff: 17,4%	23,60
2017	Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, elektronische Kampfführung, Messausrüstung, Prüfausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen: 39,1% Feuerleiteinrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 31,6% Teile für Aufklärungsflugzeuge, Hubschrauber, unbemannte Luftfahrzeuge und Triebwerke: 22,3%	32,40
2018	Seepatrouillen- und Torpedoflugzeuge, Startgeräte für unbemannte Luftfahrzeuge und Teile für Kampfflugzeuge, Flugzeuge, Hubschrauber, unbemannte Luftfahrzeuge, Bodengeräte: 35,1% Kommunikationsausrüstung, Lenkausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Radaraufklärungssysteme, Selbstschutzsysteme, Messausrüstung,	174,38

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Prüfausrüstung, Wanderfeldröhren, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, Stromversorgungen: 27,3% Unterwasserortungsgeräte und Teile für U-Boote, Schlepper, Unterwasserortungsgeräte: 18,4%	
2019	Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Messausrüstung, Prüfausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ausrüstung für die elektronische Kampfführung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung: 34,9% Feuerleiteinrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuer-systeme: 17,7% Prüfgeräte, Testgeräte, Wartungsausrüstung und Teile für Torpedos: 14,8% Unterwasserortungsgeräte, Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Minensuchboote, Unterwasserortungsgeräte, Schiffskörperdurchführungen: 10,8% LKW: 7,4%	63,30
2020	LKW, Geländewagen mit Sonderschutz [Bank] und Teile für den ballistischen Schutz [Bank]: 37,1% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung: 27,7% Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte, Schiffskörperdurchführungen: 15,3%	16,36

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2020, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2020

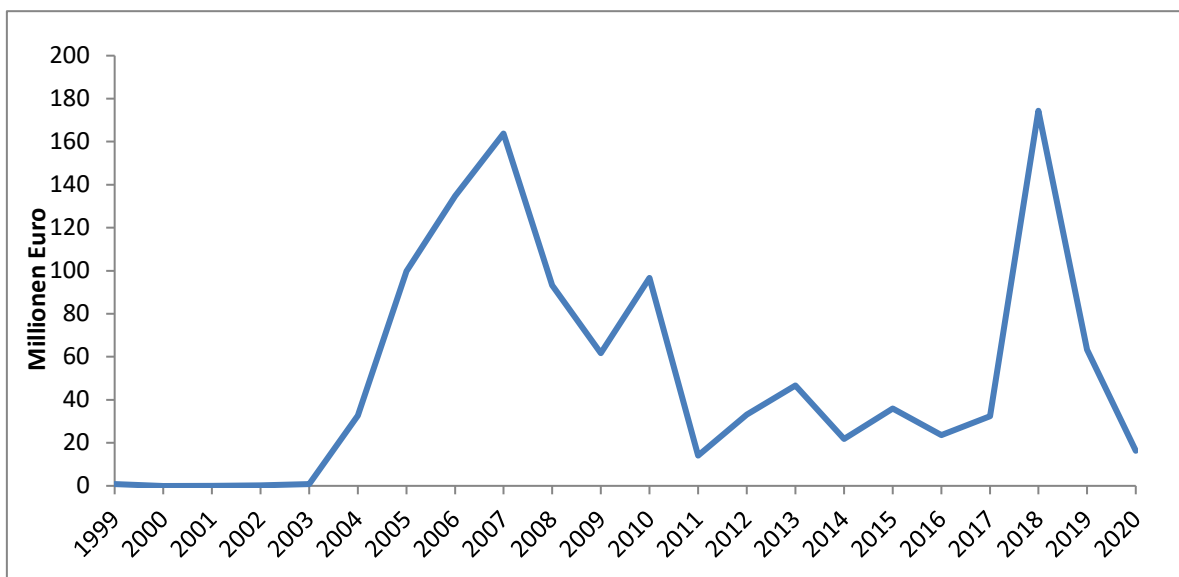


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Pakistan 2000-2021

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
6	MTU-4000	Dieselmotor	(2003)	2006	6	Für 2 Jurrat Schnellboote aus Thailand
59	DM-2A4	AS Torpedo	2005	2007-2008	(59)	80 Mio. US-Dollar-Geschäft; für Agosta 90-B U-Boote
4	DSQS-23	ASW Sonar	(2005)	2009-2013	4	Für 4 F-22 (Zulfiquar) Fregatten aus China
(30)	Luna	Drohne	2006	2007-2008	(30)	Für 3 Luna UAV Systeme; Auslieferung verzögert
4	MTU-4000	Dieselmotor	2006	2007-2008	4	Für MRTP-33 Schnellboote aus der Türkei
(10)	Dingo-2	Gepanzerter Mannschaftstransporter	(2009)	2010	10	
8	Luna	Drohne	(2012)	2019	(8)	Luna NG Version
2	ATR-72MP	ASW Flugzeug	2015	2018-2019	2	Pakistanische ATR-72 Transportflugzeuge (erworben aus Spanien 2013) in Deutschland umgebaut zu ASW Flugzeugen
8	MTU-595	Dieselmotor	(2018)			Für 4 MilGem Fregatten aus der Türkei
1	ATR-72MP	ASW Flugzeug	2020			Pakistanisches ATR-72 Transportflugzeug in Deutschland umgebaut zu ASW Flugzeug

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Die deutschen Rüstungsexporte nach Pakistan sind zwischen 2004 und 2010 stark gestiegen und ab 2011 wieder etwas abgefallen. Abgesehen von einigen MTU-4000 Dieselmotoren, 30 Luna-Drohnen und zehn gepanzerten Mannschaftstransportern vom Typ Dingo-2 wurden jedoch kaum komplette Waffensysteme aus Deutschland nach Pakistan exportiert. Im Jahr 2005 wurden 59 DM-2A4 Torpedos sowie vier DSQS-23 Sonare bestellt, die zwischen 2007 und 2013 ausgeliefert wurden.

2018 stiegen die deutschen Rüstungsexportgenehmigungen der Bundesregierung deutlich auf rund 175 Millionen Euro an. Ausschlaggebend dafür war unter anderem die Lieferung von acht MTU-595 Dieselmotoren, welche in vier türkischen MilGem Fregatten verbaut werden. Darüber hinaus exportierte die Bundesrepublik 2019 zwei Transportflugzeuge, die Pakistan 2013 aus Spanien erworben hatte und die in Deutschland zur U-Boot-Abwehr umgebaut wurden. Ebenso wurden 2019 acht weitere im Jahr 2012 geordnete Luna-Drohnen geliefert. 2020 orderte Pakistan zudem den Umbau eines weiteren Transportflugzeuges zu einem Flugzeug zur U-Boot-Abwehr. In den vergangenen Jahren wurden Rüstungslieferungen nach Pakistan unter Verweis auf die Kriterien 1, 2, 3, 4 und 7 des europäischen Standpunktes abgelehnt.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Pakistan 2017-2021, Mio. USD

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	877	879	669	760	884	4069

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

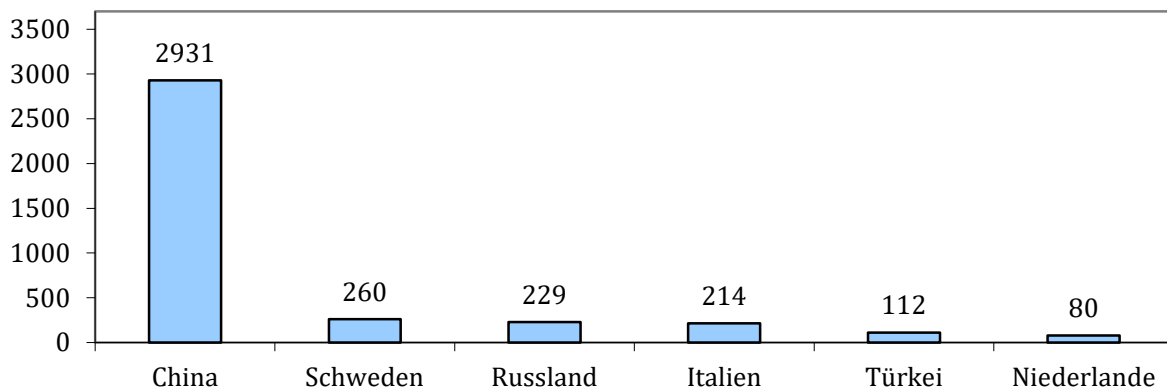
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Pakistan 2017-2021, Mio. USD

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	-	28	28	-	-	56

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2017-2021, Mio. USD

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2022) nahm Pakistan 2017-2021 die 8. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Wie in vielen anderen asiatischen Staaten ist auch in Pakistan die Mischung aus westlichen und östlichen Waffensystemen besonders auffällig. China war mit Abstand der größte Rüstungslieferant Pakistans in den vergangenen Jahren; gefolgt von Schweden, Russland, Italien, der Türkei und den Niederlanden.

Die Volksrepublik China ist traditionell ein wichtiger Lieferant für Pakistan. Vor allem während des verschärften US-amerikanischen Sanktionsregimes in den frühen 1990er Jahren spielten chinesische Waffenlieferungen eine entscheidende Rolle, um den hohen Rüstungsbedarf der pakistanischen Streitkräfte weiterhin zu decken. Pakistan wird auch weiterhin wichtiger Kunde chinesischer Rüstungsunternehmen sein; war es bereits zwischen 2008 und 2012 für 55 Prozent aller chinesischen Rüstungsexporte verantwortlich. Zwischen 2017 und 2021 machten die Exporte nach Pakistan 47 Prozent aller chinesischen Exporte aus. 2013 wurde die Lieferung von vier Fregatten des Typs F-22P abgeschlossen. Das Geschäft beinhaltet auch einen umfassenden Technologietransfer zur eigenständigen Produktion einer Fregatte. Daneben umfassten die chinesischen Lieferungen nach Pakistan unter anderem zahlreiche Flug- und Panzerabwehrraketen, Seezielflugkörper und Torpedos, Lenkbomben und ähnliche Geschosse sowie entsprechende Systeme. Seit 2007 importierte Pakistan mindestens 138 JF-17 Kampfflugzeuge in verschiedenen Versionen, bzw. stellt diese teilweise in Lizenz selbst her. 50 weitere hiervon sind in Planung und im Jahr 2021 wurden 25 J-10C Kampfflugzeuge geordert. Zwischen 2013 und 2019 wurden 50 bewaffnete Drohnen des Typs CH-3 geliefert, 2015 lieferte China außerdem fünf bewaffnete Wing Loong-1 Drohnen. Erstere werden teilweise in Lizenz hergestellt, 2018 und 2019 bestellte Pakistan 48 bewaffnete Wing Loong-2 Drohnen und eine unbekannte Anzahl an bewaffneten CH-4 Drohnen, deren Lieferung noch aussteht. 2017 orderte Pakistan vier chinesische Type-054A/Jiangkai-2 Fregatten mit der Option auf zwei weitere; 2018 bestellte es insgesamt sechs Luftraumsuchradare (Typ JY-

27 und Typ YLC-18). Auch Offshore-Patrouillenboote und Korvetten finden sich unter den Importen.

In den letzten Jahren haben sich die chinesisch-pakistanischen Beziehungen weiter vertieft, insbesondere infolge von zwei Freihandelsabkommen sowie im Zuge der Infrastrukturmaßnahmen zum China-Pakistan-Economic Corridor (CPEC; Investitionsvolumen: USD 51 Mrd.), der ein Kernelement der chinesischen One Belt One Road-Initiative ist. Für die Jahre 2022-2028 steht die Lieferung von vier Type-041/Yuan U-Booten aus China an. Vier weitere derartige U-Boote sollen in Pakistan unter Lizenz produziert werden.

Die US-Sanktionen wurden 1995 von der Clinton Regierung für den Verkauf von US-amerikanischen Rüstungsgütern im Wert von 368 Millionen US-Dollar, darunter *Orion* Marineflugzeuge, Transporthubschrauber sowie *Harpoon* und AIM-9L Raketen, ausgesetzt. Mit der Aufhebung der letzten amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegen Pakistan im März 2003 und ersten Erfolgen bei der Bekämpfung von Terrorist:innen, versprach die damalige US-Regierung ein drei Milliarden US-Dollar umfassendes Paket an Entwicklungs- und Sicherheitshilfe für Pakistan. Insgesamt haben US-amerikanische Lieferungen in den letzten Jahren zugenommen und zwischenzeitlich die chinesischen Exporte überstiegen, da Pakistan mittlerweile als wichtiger Verbündeter im „Kampf gegen den Terror“ umfassende militärische Unterstützung von den USA zur Terrorismusbekämpfung im eigenen Land erhält. 2016 verschlechterten sich die Beziehungen der beiden Länder jedoch wieder, unter anderem aufgrund des Vorwurfs der USA, Pakistan würde keine ausreichenden Maßnahmen gegen das Haqqani-Netzwerk unternehmen. So lehnte die USA zum Beispiel die Lieferung von neuen F-16 Kampfflugzeugen ab. Bis 2016 umfassten die Lieferungen aus den USA insbesondere gepanzerte Mannschaftstransporter (teils gebrauchte), Leichtflugzeuge und Radarsysteme. 2013 erfolgte die Lieferung von fünf Aufklärungssystemen für die F-16-Flotte. 2015 folgten 15 Scan-Eagle Drohnen. Zwischen 2017 und 2019 exportierten die USA insgesamt 70 gepanzerte Mannschaftstransporter (Typ MaxxPro), 2018 wurde ein Geschäft über die Lieferung von vier Gasturbinen (Typ LM-2500) für Fregatten aus der Türkei nach Pakistan beschlossen.

2016 erhielt Pakistan zudem zwei Transporthelikopter (Mi-8MT) sowie 2018 vier Kampfhubschrauber des Typs Mi-35M aus Russland. Da Russland mit Rücksicht auf Indien für vier Jahre keine Hochwert-Waffen an Pakistan lieferte, galt der Hubschrauberelexport als Trendwende und Durchbrechung des russischen Technologieembargos. Zudem lieferte Russland bis 2020 190 von 220 Turbofan-Triebwerken für die JF-17 Kampfflugzeuge aus China. Außerdem erhielt Pakistan zwischen 2016 und 2019 insgesamt 25 Hubschrauber vom Typ AW-139 aus Italien. Italien exportierte zudem zwischen 2013 und 2015 622 gebrauchte gepanzerte Mannschaftstransportern vom Typ M-113 sowie im Jahr 2018 79 gebrauchte gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Puma. Mit der Türkei schloss Pakistan 2018 ein 1,5 Mrd. US-Dollar-Geschäft über die Lieferung von 30 A-129C Mangusta Kampfhubschrauber ab. Im selben Jahr vereinbarten beide Länder den Export von vier türkischen MilGem Fregatten in den Jahren 2023 bis 2025, von denen zwei in Pakistan unter Lizenz hergestellt werden sollen.

Im Februar 2017 unterzeichneten Pakistan und die Ukraine eine Vereinbarung über die vermehrte Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie, insbesondere bezüglich des Baus und Upgrades von Panzern. Spekulationen zufolge enthält diese Vereinbarung auch die Lieferung von 200 Triebwerken für Pakistans zukünftigen Kampfpanzer.

Militärausgaben

Tabelle 5

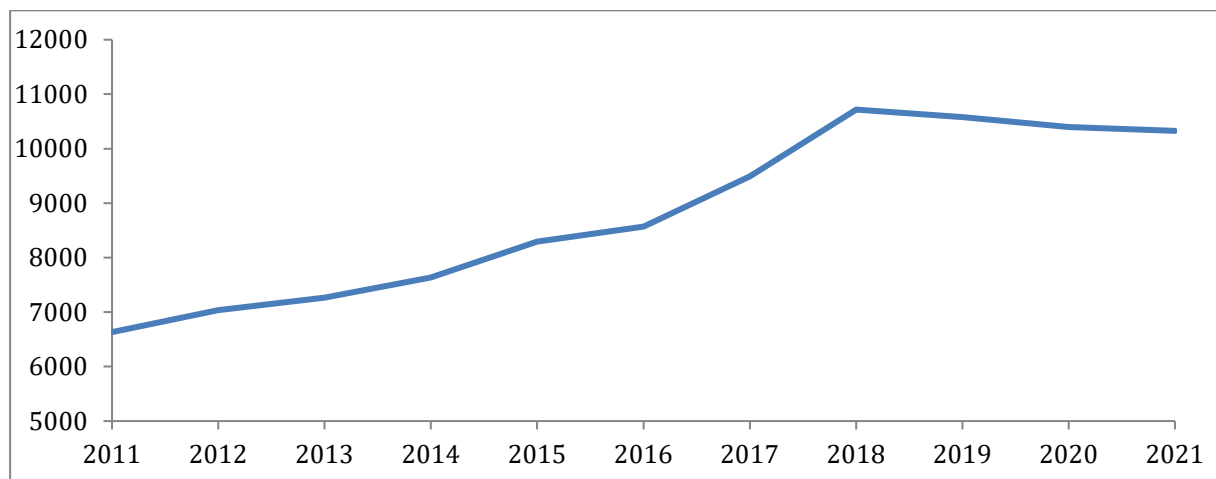
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	9492	10717	10579	10395	10324
Anteil am BIP (in Prozent)	3,8	4,1	4,1	4,0	3,8
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	17,7	19,1	18,7	17,4	17,8

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

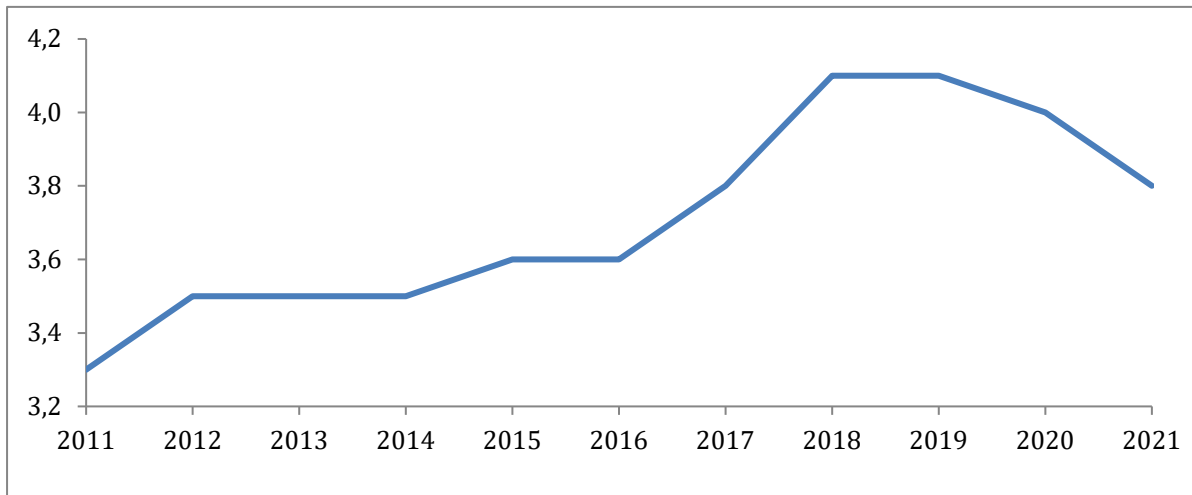
Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2020.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Erklärtes Ziel der pakistanischen Verteidigungspolitik ist es, sich von unsicheren Rüstungsexporten über See- und Landverbindungen unabhängig zu machen, zumal sich Pakistan nicht mehr, wie in den frühen Zeiten des Kalten Krieges, auf Waffenlieferungen aus den Vereinigten Staaten verlassen kann. Eigens zu diesem Zweck wurde im September 1991 das *Ministry of Defence Production* geschaffen und mit der Förderung und Koordination einer Reihe von Rüstungsbetrieben beauftragt. Als Pakistan 1947 unabhängig wurde, war seine industrielle Infrastruktur, ganz zu schweigen von der Rüstungsindustrie, kaum entwickelt. Aufgrund seiner nur beschränkten wirtschaftlichen Kapazitäten erscheint es nach wie vor unwahrscheinlich, dass Pakistan seine ambitionierten rüstungspolitischen Zielsetzungen kurz- bis mittelfristig erreichen wird. Trotzdem sind die seit der Unabhängigkeit gemachten Fortschritte bemerkenswert.

Der älteste Rüstungsproduzent Pakistans, die „Pakistan Ordnance Factory“ (POF) bei Rawalpindi, wurde bereits 1951 gegründet. Mit insgesamt 14 Fabrikanlagen stellt die POF heute den größten rüstungsindustriellen Komplex des Landes dar. Sie produziert mit Lizenz von Heckler & Koch Kleinwaffen der Typen G-3, MG-3 und MP-5, sowie Munition und Explosivstoffe, darunter auch Landminen. Der Bedarf an Kleinwaffen und Munition der pakistanischen Streitkräfte kann somit zu 100 Prozent von der lokalen Rüstungsindustrie gedeckt werden. Kampfpanzer und gepanzerte Fahrzeuge werden von „Heavy Industries Taxila“ (HIT) hergestellt. 1971 als „Heavy Rebuild Factory“ mit chinesischer Unterstützung gegründet, lag die ursprüngliche Aufgabe in der Kampfwertsteigerung der aus China importierten T-59 Panzer. Nachdem HIT 1992 um wesentliche Produktionskapazitäten erweitert wurde, konnte sie mit chinesischer Lizenz auch T-69 und T-85 Panzer selbstständig herstellen. HIT produziert den mit chinesischer und ukrainischer Unterstützung

entwickelten modernen Kampfpanzer MBT 2000 *Al-Khalid*. Mittlerweile wird eine verbesserte Version, der *Al-Khalid I*, getestet. Über die noch weiter entwickelte und neueste Variante, den *Al-Khalid II*, sind bislang wenige Informationen an die Öffentlichkeit gelangt.

Die Entwicklung und Produktion eigener, moderner Militärflugzeuge ist Pakistan allerdings noch nicht möglich. Der „Pakistan Aeronautical Complex“ bei Kamra, nördlich von Islamabad, setzt zwar die Bauteile chinesischer F-7 und französischer *Mirage*-Jäger zusammen, ist aber nur dazu in der Lage, Trainingsflugzeuge, wie beispielsweise den *Super Mushshak*, völlig eigenständig zu produzieren. Im Dezember 2020 stellte es den zweiten von 26 JF-17B Thunder vor. Für die Produktion des Mehrzweckkampfflugzeuges JF-17 ist das Unternehmen aber weiterhin abhängig von Importen. Zu Beginn des Jahres 2022 wurde eine Kooperation mit der Turkish Aerospace Industries (TUSAS) bekannt gegeben – demnach soll das türkische Kampfflugzeug TF-X, ein Kampfflugzeug der fünften Generation, gemeinsam weiterentwickelt werden. Ein erster Prototyp könnte bereits ab 2023 erscheinen.

Die derzeit ehrgeizigsten Rüstungsvorhaben sind auf dem Marinesektor zu finden. Hier haben über die letzten Jahre eine Vielzahl geschickter Technologietransfers die Marinewerft in Karatschi dazu befähigt, moderne U-Boote, Patrouillenschiffe und Minenräumer herzustellen (siehe unten: Marine). Pakistan hatte bereits in den frühen 1970er Jahren mit seinem ehrgeizigen Atomwaffenprogramm begonnen. Die von den 40 Kilometer südlich von Islamabad gelegenen *Khan Research Laboratories* vorangetriebene Entwicklung der „islamischen Bombe“ befähigte Pakistan ab 1998 schließlich dazu, als erstes muslimisches Land nukleare Sprengsätze herzustellen. Konservativen Schätzungen zufolge ist Pakistan im Besitz von mindestens 60 Atomsprengköpfen. Durch den 1998 fertig gestellten Khushab I Reaktor, der jährlich etwa 10 bis 12 Kilogramm atomwaffenfähiges Plutonium herstellen kann, könnte Pakistan theoretisch jedoch über bis zu 160 Atomsprengköpfe verfügen. Mit einem weiteren 2010 in Betrieb genommenen Reaktor können bis zu 22 Kilogramm atomwaffenfähiges Plutonium hergestellt werden. Insgesamt verfügt der Khushab-Komplex zur Plutoniumgewinnung über vier Reaktoren.

Pakistan verfügt außerdem über Kapazitäten, Langstreckenraketen zu produzieren. Dabei sind aber vermutlich nur die von der *Space and Upper Atmosphere Research Commission* (SUPARCO) entwickelten *Hatf-1* bis *Hatf-3* Raketen, die über eine vergleichsweise kurze Reichweite verfügen, völlig eigenständige Produktionen. Die aus den Fabriken der *Pakistan Atomic Energy Commission* (PAEC) stammende *Shaheen*-Serie basiert dagegen augenscheinlich auf chinesischen Modellen. Ebenso ist die in Konkurrenz dazu von den *Khan Research Laboratories* entwickelte *Ghauri* offensichtlich ein Ableger der *No-dong* Rakete, welche Berichten zufolge im Tausch gegen Zentrifugentechnologie aus Nordkorea geliefert wurde.

Das *Ministry of Defense Production* strebt nicht nur an, ein in seinen Rüstungsbedürfnissen weitgehend autarkes Militär zu unterhalten, sondern versucht vor allem auch, eine ansteigende Gewinnmaximierung durch Rüstungsexporte zu gewährleisten. Pakistan exportiert über 200 verschiedene Rüstungsgüter – von Kleinwaffen über Panzer bis zu Raketentechnologie – in mehr als 21 Staaten, darunter Malaysia, Indonesien, Thailand, Bangladesch, die Türkei, Saudi-Arabien, Marokko, Libyen, Mauritius, Irak und weitere afrikanische Länder.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

651.800 aktiv, davon:

Heer: 560.000

Marine: 21.800

Luftwaffe: 70.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 291.000, davon:

Flughafensicherheit: 9.000

Grenz-Korps (unterstehen dem Innenministerium): 70.000

Küstenwache (unterstehen dem Innenministerium): k. A.

Maritime Security Agency: ca. 2.000

Nationalgarde: 185.000

Pakistan Rangers (unterstehen dem Innenministerium): 25.000

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2013–2021

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Aktive in 1.000 (IISS)	644	644	644	654	654	654	654	652	652
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	3,4	3,3	3,2	3,2	3,1	3,1	3	3	2,9

Quellen: IISS Military Balance, 2014-2022, World Bank

Kommentar

Pakistan besitzt eine sehr große Armee. Die Soldat:innen sind im Allgemeinen gut ausgebildet und diszipliniert. Als „Frontstaat“ gegen die Sowjetunion und Verbündeter des Westens während des Kalten Krieges konnte Pakistan seine Streitkräfte mit Waffenlieferungen aus den Vereinigten Staaten ausrüsten. Außerdem besitzt Pakistan traditionell gute Beziehungen zu China, die sich durch die gemeinsame Wahrnehmung Indiens als eine Bedrohung erklären lassen. So konnten in der Vergangenheit erhebliche Mengen an Rüstungsgütern, unabhängig vom westlichen Bündnis, aus China importiert werden. Inzwischen drohen viele der konventionellen Waffensysteme Pakistans jedoch zu veralten.

Seit Ende des Kalten Krieges verhinderten vor allem die aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten resultierenden geringen Staatsressourcen sowie verschiedene von den Vereinigten Staaten initiierte Sanktionsregime in den frühen 1990er Jahren eine umfassende Modernisierung der Streitkräfte. Durch die besondere Rolle Pakistans im „Krieg gegen den Terror“ konnten jedoch einige Waffensysteme mit finanzieller Unterstützung aus den USA seit 2001 modernisiert und ausgebaut werden.

Zentrale Aufgaben der pakistanischen Streitkräfte sind die Katastrophenhilfe und seit 2008 verstärkt die Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung. Speziell in den Stammesgebieten sammeln sie auch bereits seit mehr als einem Jahrzehnt Kampferfahrung. Sowohl die Rekrutierung als auch die Personalbindung sind hoch und die Armee und die Luftwaffe verfügen über beträchtliche operative Fähigkeiten.

Laut Berichten ist eine Reorganisation der Streitkräfte sowie ein enormes Beschaffungs- und Entwicklungsprogramm, vor allem zur Erhöhung der Kampffähigkeit von Marine und Luftwaffe geplant. So soll etwa die Marine auf über 50 Kriegsschiffe (Patrouillenboote, Überwasserkampfschiffe und U-Boote) erweitert und ein Naval Research and Development Institute gegründet werden, welches mehrere Großprojekte koordinieren und Expertise in diesem Bereich fördern soll. Das bereits in Kooperation mit China laufende Entwicklungsprojekt von Hangor U-Booten hängt dabei, Berichten zufolge, auch von der Lieferung deutscher Diesel-Motoren ab. Auch der Schutz seegestützter Atomwaffen soll mit diesen Erweiterungen erhöht werden.

Die Streitkräfte haben innenpolitisch traditionell erheblichen Einfluss auf die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	2487	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	3545	
Bergepanzer	Mehr als 262	
Brückenlegepanzer	Einige	M47M; M48/60
Minenräumpanzer	Einige	<i>Aardvark</i> Mk II
Artillerie	Mehr als 4565	
Panzerabwehr	200	Zahl der Geschütze; zusätzlich einige M901 <i>TOW</i> , tragbare Panzerabwehrlenkwaffensysteme (u. a. HJ-8), rückstoßfreie Abschussgeräte (u. a. M40A1) und M20
Luftabwehr	Mehr als 1933	Zahl der Geschütze; zusätzlich einige LY-80 und FM-90, M113 mit RBS-70 sowie

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
		Flugabwehrraketensysteme (Mk1/Mk2, FIM-92A <i>Stinger</i> , HN-5A, <i>Mistral</i> , RBS-70)
Ausbildungsflugzeuge	87	
Transportflugzeuge	13	
Kampfhubschrauber	43	Davon 1 im Lager
Ausbildungshubschrauber	10	
Mehrzweckhubschrauber	Mehr als 115	
Transporthubschrauber	76	
Drohnen	Einige	5 Kampfdrohnen (<i>CH-4</i>) sowie Aufklärungsdrohnen (<i>Bravo; Jasoos; Vector</i>)
Raketen	Mehr als 165	Darunter mehr als 60 nukleare Boden-Boden-Raketen

Quelle: IISS *Military Balance 2022*

Kommentar

Aufgrund seines Erbes als Teil einer ehemaligen Kolonialarmee ist das Heer noch immer nach britischem Vorbild strukturiert. Im Falle einer Mobilmachung der Reservist:innen können bis zu eine Million Soldat:innen aufgestellt werden. Pakistan besitzt zwar weniger schwere Waffen als sein indischer Nachbar, im Allgemeinen sind die Waffensysteme, vor allem die Kampfpanzer, aber besser gewartet. Trotzdem sieht sich das Heer mit einigen Problemen konfrontiert. So sind zum Beispiel die gepanzerten Fahrzeuge, mit Ausnahme der 320 ukrainischen T-80, hoffnungslos veraltet und selbst für die T-80 Panzer musste auf der IDEX 2021 ein Vertrag zur Reparatur geschlossen werden.

Unter anderem deshalb und aufgrund der nur geringen Anzahl an Kampfhubschraubern sind die konventionellen Offensivkapazitäten eingeschränkt. Die derzeitige Zusammenarbeit mit China und der Ukraine bei der Produktion des modernen MBT-2000 *Al Khalid* Kampfpanzers soll hier Abhilfe schaffen. Insgesamt sollen 600 dieser Panzer ältere Modelle wie beispielsweise den M-48 ersetzen. 2021 verfügt das pakistanische Heer über 300 Stück dieser Panzer und ca. 100 in verbesserter Ausführung.

Aufgrund der mangelhaften konventionellen Fähigkeiten sind nicht-konventionelle strategische Waffen für die pakistanische Militär- und Verteidigungsdoktrin von Bedeutung. Besaß die in den 1980er Jahren entwickelte Hatf-1 Kurzstreckenrakete noch keine nukleare Trägerfähigkeit, konnte aus den 1987 von China gelieferten Komponenten der M-11 Rakete eine entsprechende neue Raketengeneration entwickelt werden, die dazu in der Lage war, Atomsprengköpfe zu transportieren. Heute besitzt Pakistan zwei Kurzstreckenraketen (Hatf-2 und Hatf-3) und eine Mittelstreckenrakete (Hatf-4), die Atomwaffensprengköpfe transportieren können. Die Ghaznavi (Hatf-3) sowie die Shaheen-1 (Hatf-4) wurden das letzte Mal im Mai 2010 getestet und vorgeführt. Da Kurzstreckenraketen jedoch nicht in der Lage wären, größere indische Bevölkerungszentren wie etwa Neu-Delhi zu treffen, sind Mittelstreckenraketen für Pakistan von besonderem Interesse. Derartige

Raketen, die Pakistan momentan in Dienst hat, sind neben der Shaheen-1, die Ghauri I (Hatf-5) und die Shaheen-2 und -3 (Hatf-6). Mit einer Reichweite von bis zu 2750 Kilometern könnte diese Rakete Ziele in ganz Indien und darüber hinaus treffen. Geheimdiensten zufolge scheint die Ghauri-Technologie jedoch weniger auf der chinesischen M-11 als auf der nordkoreanischen No-dong Rakete zu basieren. Außerdem arbeitet Pakistan an der Entwicklung von Marschflugkörpern, die Atomsprenköpfe befördern können. Der Babur (Hatf-7) ist in seiner Reichweite von 700 Kilometern auf 1000 erweitert worden, im Dezember 2007 führte Pakistan den vierten Testflug des Marschflugkörpers durch. Er wurde entwickelt, um problemlos von U-Booten abgeschossen werden zu können. Im gleichen Jahr war der erste Testflug der Thunder (Hatf-8). Ende 2016 testete Pakistan erfolgreich den verbesserten Marschflugkörper „Hatf Babur“. Im Januar 2017 gab es den ersten erfolgreichen Raketentest eines atomwaffenfähigen Marschflugkörpers von einem abgetauchten U-Boot (Typ Barbur-3 mit einer Reichweite von 450 Kilometern).

Im Jahr 2009 erfolgte die Koproduktion der Falco Drohne zwischen Italien und Pakistan. Die Tests wurden im gleichen Jahr erfolgreich abgeschlossen. Die Produktion im Inland soll die Importabhängigkeit reduzieren.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	8	
Fregatten	8	
Patrouillenboote	19	
Davon Korvetten	2	
Minenboote	3	
Amphibienfahrzeuge	8	
Logistik und Unterstützung	9	

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 2

Marineflieger

- 9 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr
- 7 Seefernaufklärer
- 3 Transportflugzeuge (davon 1 Passagierflugzeug)
- 11 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr
- 6 Mehrzweckhubschrauber

1 Transporthubschrauber

1 Such- und Rettungshubschrauber

Einige Raketen (AM-39 Exocet)

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Im Zuge US-amerikanischer Sanktionen Anfang der 1990er Jahre musste Pakistan acht von der US-Regierung „geleaste“ Schiffe der *Garcia*- und *Brooks*-Klasse wieder zurückgeben. Als Ersatz erwarb Pakistan zwei Fregatten der *Leander*- und sechs Fregatten der *Amazon*-Klasse von Großbritannien. Im April 2005 hat Pakistan darüber hinaus einen lange geplanten Vertrag über die Herstellung und Lieferung von vier chinesischen F-22 Fregatten (*Jiangwei II*-Klasse) abgeschlossen, die bis 2013 ausgeliefert wurden.

Die U-Boot-Flotte genießt eine ausgesprochen hohe Priorität in der pakistanischen Marine. Seit 1994 wurden die vier in den 1970er Jahren aus Frankreich importierten U-Boote der *Daphné*-Klasse durch drei moderne *Agosta 90B* U-Boote ersetzt. Ähnlich den bestellten chinesischen Fregatten, involviert auch diese Anschaffung einen wichtigen Technologietransfer. Während das erste Boot noch in Frankreich gebaut wurde, einigte man sich, das zweite Boot mit französischen Bauteilen und Werfthilfe in Pakistan selbst zusammenzusetzen. Das dritte U-Boot wurde schließlich vollständig in Pakistan produziert. Berichten zufolge denkt Pakistan bereits darüber nach, mit dem gewonnenen Know-how weitere Boote zu Exportzwecken herzustellen, und befindet sich bereits in entsprechenden Verhandlungen mit drei asiatischen Ländern.

Der Auslöser für diese ambitionierte Serie von Technologietransfers war das Sanktionsregime der Vereinigten Staaten Anfang der 1990er Jahre, durch das die pakistanische Marine in kurzer Zeit erheblich geschwächt wurde. Mittelfristiges Ziel ist deshalb der Aufbau einer unabhängigen, eigenen Rüstungsindustrie für die Marine. Bei der Herstellung kleinerer Schiffe wurde dieses Ziel bereits erreicht, wie der einheimische Bau der beiden *Jalalat II* Raketenboote und des immerhin 180 Tonnen schweren *Larkana* Patrouillenschiffes Mitte der 1990er Jahre zeigen.

Die Verhandlungen zwischen ThyssenKrupp Marine Systems und Pakistan über die Lieferung von drei U-Booten des Typs U-214 sind angesichts der kritischen deutschen Öffentlichkeit und den politischen Entwicklungen in dem Land sowie der Region gescheitert. China hat Pakistan den Kauf von drei chinesischen U-Booten angeboten, die eine billigere Alternative zu den deutschen (U-214) und französischen (Scorpene) Modellen sein könnten. 2015 konkretisierten sich Verhandlungen mit China über acht (Hangor-)U-Boote. 2020 wurde bekannt, dass China auch ein Yuan-U-Boot zum vorbereitenden Training für die acht geordneten U-Boote liefern wird. Derzeit gibt es Überlegungen innerhalb der pakistanischen Streitkräfte, mit Unterstützung Chinas ein nuklearbetriebenes U-Boot zu bauen. Im Mai 2017 erhielt die Marine sieben Westland Sea King-Helikopter zur U-Boot-Abwehr aus Großbritannien. Es bleibt unklar, ob die Neuanschaffung die sechs Sea King-Mk-45-Hubschrauber ersetzen oder ergänzen sollen. Die Marinekooperation mit der Türkei – als strategische Partner Saudi-Arabiens – soll zukünftig weiter ausgebaut werden. Im August 2016 schenkte die Türkei der pakistanischen Marine ein neues Flottenversorgungsschiff. Es ist das größte auf einer pakistanischen Werft gebaute Marineschiff und kann zur Versorgung und Seeaufklärung mit Hubschraubern ausgestattet werden.

2017 wurde die Lieferung von 4 Type-054A/Jiangkai-2 Fregatten mit Option auf zwei weitere von China nach Pakistan vereinbart, die bis 2019 noch nicht erfolgt ist. Im Juni 2017 wurde ein Vertrag mit dem niederländischen Schiffsbauer Damen Shipyards für den Bau eines Hochseepatrouillenbootes abgeschlossen. Dadurch wurde der Trend gebrochen, die Ausrüstung der Marine zu vereinheitlichen.

Im März 2017 führte Pakistan einen Test eines Seezielflugkörpers von einer Küstenregion aus durch, was laut der Marine eine neue Dimension ihrer operationalen Fähigkeiten demonstriert. 2021 wurde der Bau der dritten Fregatte (Typ 054A/P) und der dritten Korvette der Milgem-Klasse der pakistanischen Marine begonnen.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	151	
Abfangjäger	217	
Aufklärer	10	Alle kampffähig
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	2	
AWACS	10	
Ausbildungsflugzeuge	141	Davon 38 kampffähig
Transportflugzeuge	35	
Tankerflugzeuge	4	
Mehrzweckhubschrauber	29	
Transporthubschrauber	4	
Drohnen	Einige	Kampfdrohnen (<i>CH-3</i> und <i>CH-4</i>); Aufklärungsdrohnen (<i>Falco</i>)
Luftabwehr	Mehr als 190	
Raketen	Einige	u. a. <i>AGM-65 Maverick</i> ; <i>AIM-9L/P Sidewinder</i>

Quelle: *IISS Military Balance 2022*

Kommentar

Von allen Teilstreitkräften ist die pakistanische Luftwaffe – vor allem im Vergleich zu der Stärke der indischen Luftwaffe – wohl qualitativ am schwächsten. Die *Mirage* Bomber sind größtenteils veraltet und es wurde deshalb eine Aufstockung der Luftwaffe durch die US-amerikanischen F-16, die auch nukleare Sprengköpfe abfeuern können, vereinbart. Im Juni 2010 lieferten die USA die ersten und im Februar 2012 die letzten drei der 18 F-16

Jagdbomber im Rahmen des US Foreign Military Sales (FMS) Programms. Außerdem genehmigten die USA den Verkauf von 20 instandgesetzten T-37 Ausbildungsflugzeugen, so wie einer nicht weiter benannten Zahl von AH-1F *Cobra* Angriffshubschraubern. In Pakistan gibt es Überlegungen, bis zu 250 Abfangjäger (FC-1/JF-17) zu kaufen. Das Kampflugzeug wird seit 1999 gemeinsam zwischen pakistanischen und chinesischen Unternehmen entwickelt. 2017 bestellte Pakistan zwölf dieser Abfangjäger aus China, die zwischen 2018 und 2019 geliefert wurden. 2018 bestellte es weitere 26 Abfangjäger dieses Typs, von denen bisher acht geliefert wurden. Bis Frühjahr 2017 hat Pakistan alle sechs geplanten medizinischen Evakuierungsflugzeuge der USA erhalten, wodurch die Fähigkeiten in der medizinischen Evakuierung und auch im Truppen- und Ausrüstungstransport gestiegen sind. Im Februar 2017 wurde bekannt, dass Pakistan eine unbekannte Anzahl weiterer AW139-Mehrzweckhubschrauber aus Italien bestellt hat. Darüber beschloss Pakistan 2018 ein Geschäft (1,5 Mrd. US\$) mit der Türkei über 30 Kampfhubschrauber vom Typ A-129C Mangusta, deren Lieferung für 2022/2023 geplant ist.

Derzeit baut die Luftwaffe vor allem ihre Überwachungs- und Präzisionsschlagfähigkeiten aus.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Grenz-Korps:

45 gepanzerte Mannschaftstransporter

Küstenwache:

5 Patrouillenboote

Maritime Security Agency:

19 Patrouillenboote

3 Transportflugzeuge

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 4

Peacekeeping

Dem. Rep. Kongo (MONUSCO): 1974 Soldat:innen

Mali (MINUSMA): 217 Soldat:innen

Somalia (UNSOS): 1 Soldat:in

Sudan (UNISFA): 4 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 285 Soldat:innen

Westsahara (MINURSO): 13 Soldat:innen

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 1314 Soldat:innen

Zypern (UNFICYP): 2 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2022

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Streitkräfte Pakistans spielen eine zentrale und unverzichtbare Rolle für die nationale Identität, da über sie neben der Religion ein Gegengewicht zum säkular-verfassten Nachbarn Indien konstruiert wird. Dem Heer kommt dabei eine herausragende Rolle zu. Seit der Unabhängigkeit bildet das aus Teilen der *British Indian Army* entstandene Militär die kohäsivste nationale Gruppe. In der Tat ist erst durch die Streitkräfte vorangetrieben worden, dass sich der Gedanke vom „Islamischen Staat Pakistan“, dessen *raison d'être* einer kontinuierlichen Abgrenzung gegenüber Indien bedarf, manifestierte. Der Streit um die Provinz Kaschmir wäre somit nicht der Ursprung, sondern vielmehr die Folge einer in der eigenen Identitätsbildung verwurzelten Struktur der scheinbar ewigen Feindschaft, die in der Vergangenheit trotz limitierter Ressourcen auf beiden Seiten immer wieder in offene Kriege ausuferte. Die pakistanische Autorin Ayesha Siddiqa sagte treffend: „Every country has an army, but the Pakistani army has a country“. Die durch die Wahrnehmung einer externen Bedrohung konstituierte Macht des pakistanischen Militärs wirkt sich auf die Regierungsform aus. Da sich demokratische Institutionen und Strukturen im Schatten des allmächtigen Sicherheitsapparates nur sehr bedingt und eingeschränkt etablieren konnten, gleichzeitig aber auch das Spektrum politischer Parteien in Pakistan nur dem Namen nach demokratisch und rechtstaatlich orientiert sind, oszillierte die Regierungsform seit Bestehen Pakistans 1947 stets zwischen Demokratie und Militärdiktatur. Dabei trat das Militär in der Vergangenheit oft als Modernisierer auf, beispielsweise unter Pervez Musharraf. Die zivilen Regierungen wurden vom Militär meist lediglich geduldet, unter der Bedingung, dass sie strategische und wirtschaftliche Interessen des Sicherheitsapparates nicht antasten.

Wirtschaftlich ist das Militär von großer Bedeutung. Es ist die wichtigste Wirtschaftsmacht des Landes und hat über Jahrzehnte ein undurchsichtiges Firmenimperium aufgebaut. Aktive und pensionierte Offizier:innen bilden – neben Führungspositionen in staatlichen Verwaltungsbehörden und Universitäten – die Führungselite einzelner Wirtschaftssektoren und haben als solche Zugang zu staatlichen Subventionen. Die Produktpalette der angesprochenen Firmen reicht dabei von Panzern über Zement bis zu Müsli. Im Zuge der schweren Überschwemmungen im August 2010, bei denen das Militär maßgeblich die Nothilfe- und Wiederaufbauaktionen für die Bevölkerung koordinierte, erlangte das Militär einen vorher nie dagewesenen Vertrauensschub. Etwa 60.000 Soldat:innen und 45 Helikopter stellte das Militär für Hilfsmaßnahmen zur Verfügung. Das Ansehen des Militärs wurde zudem aufgrund der in der Mehrheitsbevölkerung als effektiv wahrgenommenen Terrorismusbekämpfung (Kampfeinsatz in den ehemaligen Stammesgebieten) weiter verstärkt. Die aufgeklärte Zivilgesellschaft, Menschenrechtsaktivist:innen und Journalist:innen sehen die Rolle des Militärs sowie des Sicherheitssektors sehr kritisch.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Pakistan hat eine Vielzahl lokaler und nationaler Polizeieinheiten. Die Ebenen der inneren und äußeren Sicherheit sind im Land verwoben und daher oft nicht klar voneinander trennbar. Die vier Provinzen und Islamabad selbst haben ihre eigenen Polizeibehörden, welche auf ihre Regionen beschränkt sind. Im Einzelnen sind dies die *Balochistan Police* mit ca. 46.000 Beamt:innen, die *Punjab Police* mit 180.000 Beamt:innen, die *Sindh Police* mit 115.000 Beamt:innen, die *Frontier Police* in Khyber Pakhtunkhwa mit 73.000 Beamt:innen und die *Islamabad Police* mit ca. 11.000 Beamt:innen. Neben diesen regionalen Behörden gibt es noch einige nationale Polizeieinheiten sowie Sicherheitsdienste. Die *Frontier Constabulary* ist eine auf 33.000 Personen begrenzte, paramilitärische Einheit die landesweit operiert. Sie ist neben anderen Aufgaben mit der Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels betraut, aber auch verantwortlich für die Sicherheit zwischen Stammesgebieten und regulär verwalteten Gebieten. Sie übernimmt sowohl polizeiliche als auch militärische Aufgaben und kämpft häufig an vorderster Front gegen islamistische Extremist:innen, was mitunter zu starken Verlusten führt. Rekrutiert wird das nötige Personal aus der Gruppe der Polizeianwärter:innen, die nach der Ausbildung aber vor dem Antritt in den regulären Dienst ein Jahr Dienst in der *Frontier Constabulary* ableisten müssen. Diese *Frontier Constabulary* arbeitet seit den frühen 2000ern auch vermehrt mit dem *Frontier Corps (FC)* zusammen. Das FC ist ebenfalls eine paramilitärische Einheit und untersteht dem Innenministerium. Es ist etwa 70.000 Personen stark und rekrutiert sich größtenteils aus der Armee.

Mit den *Pakistan Rangers* mit einer Stärke von rund 25.000 Personen, gibt es eine weitere paramilitärische Einheit, die mit Aufgaben der inneren Sicherheit beauftragt ist. Wie auch viele andere Einheiten der Polizei und der Armee sind die *Pakistan Rangers* mit verschiedenen Versionen des G3 Sturmgewehrs und den Maschinenpistolen des Typs MP5 von Heckler&Koch ausgestattet. Neben diesen paramilitärischen Einheiten existiert auch noch die *National Highway and Motorway Police (NH&MP)* mit nur rund 310 Beamt:innen. Diese sind für das Einhalten der Verkehrsgesetze auf den öffentlichen Highways zuständig. Sie dient als Vorbild für die mögliche Restrukturierung anderer Polizeieinheiten in Pakistan, da sie als besonders korruptionsresistent gilt. Des Weiteren gibt es auch eine *Anti-Narcotics Force*, die dem Ministerium für Drogenkontrolle untersteht. Diese, mit etwa 1.500 Beamt:innen vergleichsweise kleine Abteilung, beschäftigt sich ausschließlich mit dem Kampf gegen Drogenkriminalität und wird dabei aber je nach Situation von

anderen Einheiten unterstützt. Daneben gibt es eine pakistanische Bundespolizei, die *Federal Investigation Agency*, welche landesweit operiert. Mit rund 3.500 Beamt:innen ist diese Behörde insbesondere mit organisierter Kriminalität in den Bereichen Korruption, Terrorismus, Immigration, Menschenhandel und Schmuggel, Geldwäsche, sowie Finanzbetrug und Diebstahl geistigen Eigentums betraut.

Der Inter-Services Intelligence (ISI) ist der größte der drei pakistanischen Geheimdienste neben dem Intelligence Bureau (IB) und dem Military Intelligence (MI). Der ISI ist mit allen Aufgaben zur nationalen Sicherheit betraut. Dies umfasst nationale und internationale Informationsbeschaffung, verdeckte Operationen und die interne Unterdrückung verschiedener Oppositionsgruppen. Berichten zufolge beschäftigt der Geheimdienst etwa 10.000 Personen und gliedert sich in folgende Bereiche, die mit unterschiedlichen nationalen oder regionalen Aufgaben betraut sind: Joint Intelligence X (JIX), Joint Intelligence Bureau (JIB), Joint Counter Intelligence Bureau (JCIB), Joint Intelligence/North (JIN) und Joint Intelligence Miscellaneous (JIM). Auf dem Papier ist der pakistanische Geheimdienst eine zivile Institution, doch in der Praxis übt das Militär eine starke Kontrolle über den ISI aus. Offen ist weiterhin die Frage, zu welchem Grad die jeweilige Regierung in Islamabad die Arbeit des Geheimdienstes kontrollieren oder auch nur beeinflussen kann. Der ISI ist aus dem Bündnis mit den USA – zuerst in den 1980er Jahren, zuletzt im Kampf gegen den internationalen Terrorismus – gestärkt hervorgegangen. Er steht unter Verdacht, relativ autonom und unabhängig von jeglicher Einflussnahme (Stichwort „Staat im Staate“) zu agieren und beispielsweise zahlreiche extremistische Gruppen kreiert, ausgebildet, bewaffnet und kontinuierlich durch Logistik, Schutz, Waffen, Geld etc. unterstützt zu haben – u.a. die afghanischen Taliban.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Möglicherweise kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Pakistan ist einer Reihe von wichtigen Abrüstungsabkommen nicht beigetreten. Dies kann vor allem auf das in Pakistan vorherrschende Gefühl der eigenen Unsicherheit bezüglich des vom indischen Nachbarn ausgehenden Bedrohungspotenzials zurückgeführt werden. Durch die Nicht-Mitgliedschaft im Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT) gilt Pakistan, genauso wie Indien und Israel, als inoffizielle Atommacht. Offizielle Atom-mächte sind nur diejenigen Staaten, die vor dem 1. Januar 1967 einen Atomwaffentest durchgeführt haben (USA, Russland, Großbritannien, China, Frankreich). Bislang hat Pakistan auch den Beitritt zum noch nicht in Kraft getretenen Umfassenden Teststoppvertrag abgelehnt. Dieser tritt erst in Kraft, wenn 44 festgelegte Länder, die allesamt über einen atomaren und/oder nuklearen Forschungsreaktor verfügen, ratifiziert haben. Der Nicht-Beitritt Pakistans zur Anti-Personenminen-Konvention kann ebenfalls als eine militärstrategische Entscheidung vor dem Hintergrund des indisch-pakistanischen Konfliktes gesehen werden. Einem Bericht des *Landmine Monitor* zufolge besaß Pakistan im Jahre 2003 mindestens sechs Millionen Anti-Personenminen, die in eigener Produktion hergestellt wurden.

Derzeit sind keine Sanktionen der EU und Vereinten Nationen gegen Pakistan verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2020

Pakistan is a federal parliamentary republic. In 2018 the Pakistan Tehreek-e-Insaf party won the most National Assembly seats in the general elections, and the party's leader, Imran Khan, became prime minister. While independent observers noted technical improvements in the Election Commission of Pakistan's management of the polling process itself, observers, civil society organizations, and political parties raised concerns regarding pre-election interference by military and intelligence agencies that created an uneven electoral playing field. Some political parties also alleged significant polling day irregularities. Police have primary domestic security responsibility for most of the country. Local police are under the jurisdiction of provincial governments. Paramilitary organizations--including the Frontier Corps, which operates in Balochistan and Khyber Pakhtunkhwa, including the former Federally Administered Tribal Areas, and the Rangers, which operate in Sindh and Punjab--provide security services under the authority of the Ministry of Interior. The Frontier Corps' primary mission is security of the Pakistan-Afghanistan border, and the Corps reports to the Ministry of Interior in peacetime and the army in times of conflict. The military is responsible for external security but plays a role in domestic security, including as the lead security agency in many areas of the former Federally Administered Tribal Areas. While military and intelligence services officially report to civilian authorities, the military and intelligence services operate independently and without effective civilian oversight. Members of the security forces committed numerous abuses. Significant human rights issues included: unlawful or arbitrary killings by the government or its agents, including extrajudicial killings; forced disappearance by the government or its agents; torture and cases of cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by the government or its agents; arbitrary detention; harsh and life-threatening prison conditions; political prisoners; politically motivated reprisal against individuals located outside the country; arbitrary or unlawful government interference with privacy; serious restrictions on free expression, the press, and the internet, including violence against journalists, unjustified arrests and disappearances of journalists, censorship, and site blocking; government interference with the rights of peaceful assembly and freedom of association, such as overly restrictive nongovernmental organization laws; severe restrictions of religious freedom; restrictions on freedom of movement; corruption within the bureaucracy; lack of investigation of and accountability for violence against women; unlawful recruitment and use of child soldiers by nonstate militant groups; trafficking in persons; crimes involving violence or threats of violence targeting members of racial and ethnic minorities; crimes involving violence or threats of

violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, or intersex persons by nonstate actors; the existence or use of laws criminalizing consensual same-sex sexual conduct between adults; restrictions on workers' freedom of association; and the use of the worst forms of child labor. There was a lack of government accountability, and abuses often went unpunished, fostering a culture of impunity among perpetrators, whether official or unofficial. Authorities seldom punished government officials for human rights abuses. Terrorist violence and human rights abuses by nonstate actors contributed to human rights problems, although to a lesser extent than in previous years, consistent with an overall decline in terrorist activity. Military, police, and law enforcement agencies continued to carry out significant campaigns against militant and terrorist groups. Nevertheless, violence, abuse, and social and religious intolerance by militant organizations and other nonstate actors, both local and foreign, contributed to a culture of lawlessness. As of December, terrorism fatalities stood at 499, compared with 365 total fatalities in 2019, according to the South Asia Terrorism Portal, a database compiled by the public interest advocacy organization Institute for Conflict Management, which collects statistics on terrorism and low intensity warfare in South Asia.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2020
<https://www.state.gov/reports/2020-country-reports-on-human-rights-practices/pakistan/>

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2020/2021

The crackdown on the media, civil society and the political opposition intensified. Frequent enforced disappearances continued; nobody was held accountable. COVID-19 created new challenges for economic, social and cultural rights. Health workers were detained for peacefully exercising their right to freedom of expression, and also came under attack at their place of work. The Supreme Court blocked efforts to relieve prison overcrowding, despite the spread of COVID-19 in prisons. Religious minorities continued to be prosecuted under blasphemy laws and attacked by non-state actors. Violence against women remained prevalent. Prime Minister Khan made encouraging announcements to release women prisoners and criminalize torture but there was little progress in implementing these measures. The Ministry of Human Rights presided over critical reforms around the death penalty and child abuse. The National Commission on Human Rights remained defunct.

Quelle: Amnesty International Report 2020/2021
<https://www.amnesty.org/en/location/asia-and-the-pacific/south-asia/pakistan/>

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für Pakistan auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 22/60

Politische Rechte: 15/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (37/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022**

Pakistan holds regular elections under a competitive multiparty political system. However, the military exerts enormous influence over security and other policy issues, intimidates the media, and enjoys impunity for indiscriminate or extralegal use of force. The authorities impose selective restrictions on civil liberties, and Islamist militants carry out attacks on religious minorities and other perceived opponents.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/pakistan/freedom-world/2022>

Kommentar

Pakistan hat einige wichtige UN-Menschenrechtsabkommen zwar unterzeichnet, nicht aber ratifiziert. Obwohl die Verfassung umfangreiche Bestimmungen zum Schutz von Menschenrechten enthält, gilt die Situation in Pakistan als zunehmend schwierig. Zu den positiven Entwicklungen gehören die Abschaffung der Todesstrafe von Minderjährigen, ihre neuerdings separate Inhaftierung und die in der Politik eingeführte Frauenquote. Besorgniserregend sind vor allem der hohe Grad an Korruption innerhalb des Justiz- und Polizeisystems sowie die weite Verbreitung von Kinderarbeit. Obgleich Pakistan die Kinderrechtskonvention ratifiziert hat und Kinderarbeit in der Verfassung als illegal eingestuft wird, gehen NGO-Schätzungen von bis zu fünf Millionen Kindern und Jugendlichen aus, die meist in der Landwirtschaft arbeiten. Ebenfalls besorgniserregend ist nach wie vor die Lage der Frau. Auch hier ist Pakistan zwar dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau beigetreten und verfassungsrechtlich ist ebenfalls ein Diskriminierungsverbot der Frau festgehalten, dennoch sind Frauen auf Grund der Anwendung islamisch geprägter Rechtsvorschriften oftmals schlechter gestellt als Männer. Dies wird besonders deutlich an der niedrigeren Alphabetisierungsrate von Frauen (der Weltbank zufolge lag die Alphabetisierungsrate von erwachsenen Frauen im Jahr 2017 bei 46,5 Prozent) im Gegensatz zu Männern (71,1 Prozent). Die Entwicklung einer liberalen Demokratie mit effektivem Rechtsstaat und Schutz der Menschenrechte wird durch die anhaltende Korruption im Land sowie durch Extremismus/Islamismus, die starke Stellung des Militärs, den Einfluss von Feudal/Stammes-Strukturen in Politik und Gesellschaft sowie ein weiterhin wirksames, durch religiöse Intoleranz angereichertes quasi-Kastenwesen (biraderi) behindert.

Die Antiterrorismuseroperationen der pakistanischen Armee (Operation Zarb-e-Azb in Khyber Agency und Nordwasiristan der Stammesgebiete/FATA) sowie die seit Februar 2017 landesweit laufende Operation Radd-ul-Fasad der Rangers haben zu weitreichenden Übergriffen der Sicherheitsorgane in Form von willkürlichen Verhaftungen, Folter, Misshandlungen, außergerichtlichen Hinrichtungen und massenhaften Fällen erzwungenen Verschwindens geführt. Aufgrund der Immunität der Angehörigen der Sicherheitsorgane hat sich eine regelrechte Militärjustiz etabliert. Geschätzt 5,3 Millionen Personen sind seit 2008 durch Aktionen sog. Aufständischer und infolge von Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen der Sicherheitsorgane und politischer Gewalt vertrieben worden. Der Schwerpunkt lag in den Stammesgebieten mit knapp einer Millionen Vertriebener sowie einer Millionen Belutsch:innen, die die Provinz verlassen haben. Hinzu kommen weitere

250.000 Belutsch:innen, die innerhalb der Provinz binnervertrieben wurden. Nur etwa fünf Prozent der pakistanischen Binnenflüchtlinge kam in von der pakistanischen Regierung bereitgestellten Lagern unter. Der weitaus größte Teil war auf sich allein gestellt und lebt teils bis heute in prekären Verhältnissen und ohne adäquaten Zugang zu Bildung.

Am 31. Mai 2018 wurde mit dem FATA-Reformgesetz der rechtliche Sonderstatus der Stammesgebiete unter Bundesverwaltung – zuvor geregelt durch Artikel 247 der Verfassung – im Rahmen von Pakistans 25. Verfassungsänderung abgeschafft und die ehemaligen Stammesgebiete (FATA) der Legislative und Judikative Pakistans und der Provinz Khyber Pakhtunkhwa unterstellt. Dies bedeutete eine Ausweitung der Gerichtsbarkeit des nationalen Obersten Bundesgerichts und des Obersten Provinzgerichts in Peschawar auf die ehemaligen Stammesgebiete unter Bundesverwaltung. Das Polizeigesetz der Provinz Khyber Pakhtunkhwa von 2017 wurde nun ebenfalls auf die Stammesgebiete ausgeweitet und sah die Eingliederung der paramilitärischen Milizen (*Khassadars* und *Levies*) in die regulären Polizeikräfte vor.

Insgesamt bleibt die Menschenrechtslage in dem Land äußerst angespannt. Angehörige der Sicherheitskräfte und Geheimdienstmitarbeiter:innen sind häufig an Gewalttaten beteiligt oder machen sich mitschuldig. Minderheitengruppen und ihre Rechte werden nur sporadisch und widerwillig von staatlichen Behörden geschützt. Die seit dem Ende der Militärherrschaft wieder erstarkte Judikative ist bisher noch nicht in der Lage gewesen, einen besseren gerichtlichen Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

The most important event in Pakistan during the period under review was the 2018 general election. This was the third general election in a row in which rival civilian individuals and parties contested each other at the ballot box for seats in the legislatures and the chance to form a government. Moreover, it was the second consecutive transfer of power from one elected civilian government to another. The 2018 general election saw Imran Khan's populist-leaning party, the Pakistan Tehreek-e-Insaf, become the largest national party in terms of popular votes as well as seats in the National Assembly, and marked the second consecutive democratic transfer of power. However, the military establishment retains enormous influence and is the country's most powerful political actor, dominating security policy and foreign relations and engaging in interventions that put significant pressure on civilian authorities. The election process featured the deployment of a massive number of security personnel and was mostly peaceful – no small feat in a populous country threatened by ethnic and sectarian militancy and foreign intrigue. However, opposition figures and the Pakistan Institute of Legislative Development and Transparency regarded the election as unfair in important ways. There was pressure from the establishment on some candidates; the incumbent prime minister was charged with corruption and disqualified by the Supreme Court in 2017, and was ultimately forced to resign and jailed two weeks before the polls; and thousands of other members of his party were accused of corruption. In addition to the pre-poll rigging, there is evidence of post-poll rigging as well, with party workers excluded from the count at polling stations. The newly formed Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI) government's agenda focuses on anti-corruption, poverty alleviation and

reducing tax evasion, particularly among the wealthy. However, the party has nevertheless recruited long-serving politicians and has obtained expressions of support from the military establishment. On a positive note, the period under review saw Pakistan solidify its position as a regional leader in the inclusion of transgender persons, as a law barring discrimination was passed in 2018 and several transgender persons ran for elected office. In the period under review, the National Action Plan was successful in reducing the number of terrorist attacks in the country, but the parallel system of military courts (which expired in 2016, was renewed in 2017 until January of 2019, and may be renewed again) continues to be criticized on human-rights grounds.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, liegt Pakistan auf Platz 140 (2020: Platz 124), zusammen mit Myanmar, Mauretanien und Usbekistan. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021/table/nzl>

Spannungen und innere Konflikte

Pakistan durchziehen grundsätzlich drei Konfliktlinien: Eine erste zwischen zivilen politischen, den sog. demokratischen Kräften, und dem Militär über die Ausgestaltung des politischen Systems; eine zweite zwischen ethnischen Gruppen über provinziale Autonomiebestrebungen; und eine dritte zwischen religiösen und säkularen Gruppen über die Rolle von Religion in Staat und Gesellschaft. So gibt es in Pakistan aufgrund der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Dominanz der Punjabis (größte ethnische Gruppe mit gleichnamiger Provinz, d. h. Punjab) und resultierender Deprivations- und Diskriminierungswahrnehmungen der anderen großen ethnischen Gruppen (Paschtun:innen, Sindhis, Belutsch:innen, Muhajirs) einen internen Konflikt. Dieser drückt sich im Falle der Belutsch:innen auch in Autonomieforderungen und Separationsbestrebungen aus. In Karatschi kam es im Laufe der 1990er Jahre immer wieder zu gewaltsamen, teils sehr heftigen Unruhen zwischen einheimischen Sindh-Nationalisten:innen und den 1947 aus Indien zugewanderten Muhajir, die beide sowohl gegeneinander als auch gegen staatliche Sicherheitskräfte kämpften. Doch auch zwischen verfeindeten Fraktionen der Muhajir selbst sowie zwischen radikalen Elementen sunnitischer und schiitischer Muslim:innen sind Momente der Gewalteskalation keine Seltenheit. Verschlimmert wird die Situation durch die weite Verbreitung von Kleinwaffen, die meist über die Grenze zu Afghanistan ins Land gelangen.

Besonders der bewaffnete Konflikt zwischen der militanten Dachorganisation der pakistanischen Taliban-Gruppierungen, Tehrik-e-Taliban Pakistan (TTP), und pakistanischen Regierungstruppen löst anhaltend Besorgnis aus. Die TTP zielt auf einen Regierungswechsel ab, bei dem ein Taliban-Regime und das Gesetz der Scharia in Pakistan etabliert werden soll. Nach dem Anschlag auf den Flughafen in Karatschi im Juni 2014 gingen die pakistanischen Streitkräfte mit der Großoffensive *Zarb-e-Azb* gegen die TTP und andere dschihadistische Gruppierungen entschlossen vor. Der Fokus dieser Kampagne lag auf Nordwasiristan. Bis heute verüben Talibanverbände punktuell Anschläge im gesamten Land. Nach einer erneuten Zunahme von Terroranschlägen im Jahr 2017,

geht Pakistan im Rahmen der bis heute andauernden Militäroperation *Radd-ul-Fasaad* („Beseitigung der Zwietracht“) landesweit auch gegen terroristische Schläferzellen vor, um so nach eigener Aussage die Erfolge von Zarb-e-Azb zu konsolidieren und die Stabilität des Landes langfristig zu sichern.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Die Islamische Republik Pakistan liegt im südlichen Asien und grenzt im Osten an Indien und im Westen an Afghanistan und Iran. Im äußersten Nordosten teilt Pakistan eine kurze Grenze mit China. Das Land umfasst eine Fläche von rund 800.000 km². Offiziellen Angaben zufolge betrug die Bevölkerungszahl im Jahre 2019 circa 216,6 Millionen. Der seit 1947 von Pakistan kontrollierte Teil Kaschmirs (Azad Jammu & Kaschmir) verfügt über eine weitgehend autonome interne Verwaltung und erstreckt sich über eine zusätzliche Fläche von 13.300 km² und rund drei Millionen Einwohner:innen.

Politische Situation in der Region

Die Lage in Südasien gilt wegen den andauernden Spannungen zwischen Pakistan und Indien, die beide als inoffizielle Atomkräfte gelten, als unsicher. Seit der Teilung des Subkontinents im Jahr 1947 ist der Kaschmir-Konflikt das zentrale Problem in den Beziehungen zwischen Pakistan und Indien. Zusätzlich verschärft wird die gesamte Sicherheitslage der Region durch die weiterhin instabile Situation in Afghanistan.

Bis zu den Anschlägen vom 11. September 2001 war Pakistan eins der drei Länder, das diplomatische Beziehungen zum Taliban-Regime in Afghanistan unterhielt. Afghanistan ist für Pakistan v. a. aufgrund seiner Feindschaft zu Indien wichtig, das Konzept der sogenannten „strategischen Tiefe“ ist ein zentrales außenpolitisches Postulat des pakistanischen Militärs. Es besagt, dass Pakistan sich unter allen Umständen um eine ihm gewogene Regierung bzw. Herrschaftsstrukturen in Afghanistan bemühen muss, um damit die Eventualität eines Zweifrontenkrieges gegen Indien zu vermeiden; für den Fall, dass Indien Pakistan angreift. Im Rahmen von Pakistans Krieg gegen den Terrorismus im eigenen Land hat es seit den 2000er Jahren umfassende Militäroperationen in der ehemaligen Nordwestgrenzprovinz (Khyber-Pakhtunkhwa) und insbesondere den ehemaligen Stammesgebieten unter Bundesverwaltung (FATA) gegeben.

Grenzkonflikte

Seit sich Britisch-Indien 1947 in das muslimische Pakistan und das säkulare Indien aufteilte, streiten sich beide Länder um den territorialen Status der in ihrem Grenzgebiet liegenden Region Kaschmir. Trotz ihrer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung wurde die umstrittene Provinz ursprünglich Indien zugesprochen. Eine militärische Intervention Pakistans führte zu einem bewaffneten Konflikt, der 1949 endete, nachdem die Vereinten Nationen eine Waffenstillstandslinie ausgehandelt hatten. 60 Prozent der Landesfläche Kaschmirs fielen Indien zu, der Rest ging an Pakistan. Die Feindschaft zwischen beiden Ländern dauerte jedoch unvermindert an. 1965 provozierte Pakistan eine erneute militärische Auseinandersetzung, die erst durch erfolgreiche Vermittlung der damaligen Sowjetunion beigelegt wurde, am Status quo von 1949 aber nichts Wesentliches änderte. Im

Rahmen der 1971 mit der Unabhängigkeitserklärung Ost-Pakistans einhergehenden politischen Unruhen kam es wieder zu Kämpfen zwischen Indien und Pakistan in Kaschmir. Von 1980 an unterstützte die pakistanische Regierung offenbar im indischen Teil Kaschmirs operierende Guerilla-Gruppen mit anti-indischer Zielsetzung.

Der Konflikt erhielt eine neue, gefährliche Dimension, seitdem beide Staaten seit 1998 über einsatzfähige Kernwaffen verfügen. Zwar folgte auf die indo-pakistanische Erklärung von Lahore Anfang 1999 kurzfristig eine scheinbare Phase der Entspannung, bereits im Mai und Juni folgte aber eine erneute Serie von gewaltsamen Auseinandersetzungen entlang der Waffenstillstandslinie, insbesondere in der Gegend um die Stadt Kargil. Die verschärften Spannungen dauerten im Laufe der Jahre 2000 und 2001 an. Immer wieder kam es zu sporadischen Artilleriegefechten beidseits der Grenze. Ein Bombenanschlag auf das indische Parlament im Dezember 2001, für den Indien von Pakistan unterstützte Terrorist:innen verantwortlich machte, zog eine dramatische Zuspitzung des Kaschmir-Konfliktes nach sich. Die massive Streitkräftemobilisierung sowohl Indiens als auch Pakistans in der Region ließ einen offenen, ausgewachsenen Krieg zwischen beiden Ländern wahrscheinlicher denn je erscheinen. Erst als der ehemalige Präsident Musharraf im Januar 2002 ankündigte, zwei in Kaschmir tätige islamistische Gruppen zu verbieten und daraufhin begann, mit pakistanischen Sicherheitskräften gegen anti-indische Aktivist:innen vorzugehen, entspannte sich die Lage. Obwohl Angriffe militanter Islamist:innen gegen Hindus in Kaschmir im Laufe der Jahre 2002 und 2003 weiter zunahmen, schien sich eine langsame und vorsichtige Annäherung zwischen Indien und Pakistan abzuzeichnen. Im Oktober 2002 einigten sich beide Länder darauf, ihre Truppen entlang der Demarkationslinie um erhebliche Teile zu reduzieren. Und nachdem im Mai 2003 als Folge der „*hand of friendship*“-Rede des indischen Premierministers Atal Bihari Vajpayee volle diplomatische Beziehungen zwischen Indien und Pakistan wiederhergestellt wurden, konnte im November 2003 ein Waffenstillstand auf unbeschränkte Zeit beschlossen werden. Der auf einem Gipfeltreffen 2004 eingeleitete Dialogprozess führte zu der Implementierung verschiedener vertrauensbildender Maßnahmen, wie etwa die Wiederbelebung von zwei Verkehrsverbindungen zwischen den beiden Staaten in den Jahren 2005 und 2006. Noch im September 2008 wurde vereinbart, den Handelsaustausch über die „line of control“ zuzulassen. Wenige Wochen später wurde der Dialogprozess jedoch erneut und durch einen Anschlag gestört und, da die indische Regierung pakistanische Täter:innen für die Anschläge von Mumbai vom 26. November 2008 verantwortlich machte, daraufhin auch unterbrochen. Trotz zwischenzeitlich friedlicher Signale kommt es seitdem weiterhin zu ernsthaften Zwischenfällen in der Grenzregion. Beide Seiten beschuldigen sich gegenseitig den Waffenstillstand in hunderten Fällen verletzt zu haben und für den Tod von Soldat:innen und Zivilist:innen verantwortlich zu sein.

Im August 2019 verschärften sich Spannungen, als das indische Parlament im Rahmen des „Jammu and Kashmir Reorganisation Act“ den Passus über die Autonomie der Region aus der Verfassung strich. Infolgedessen wurde der Bundesstaat aufgelöst und in die zwei Unionsterritorien Jammu und Kaschmir sowie Ladakh aufgeteilt. Pakistan fuhr daraufhin seine diplomatischen Beziehungen zu Indien runter und setzt den bilateralen Handel mit Indien aus.

Regionale Rüstungskontrolle

Weder Pakistan noch Indien sind dem Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen (NPT) beigetreten. Damit entziehen sich beide Staaten einer institutionalisierten Kontrolle durch die IAEA. Auch die Unterzeichnung des bislang noch nicht in Kraft getretenen Umfassenden Teststoppvertrages wird von beiden Staaten verweigert. Dementsprechend existiert keinerlei regionale Rüstungskontrolle, nicht einmal für die vorhandenen nuklearen Arsenale. Nach den erfolgreichen Atomwaffentests Indiens und Pakistans 1998 haben beide Staaten jedoch ein einseitiges Teststopp-Moratorium verkündet.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im Rahmen der UN-Peacekeeping Mission UNMOGIP (United Nations Military Observer Group in India and Pakistan) sind derzeit 41 Beobachter:innen vor Ort. Chile und Italien stellen dabei jeweils zwei Beobachter:innen, Uruguay stellt drei Beobachter:innen, Thailand, die Schweiz und Schweden jeweils vier, die Philippinen fünf, Südkorea sieben sowie Kroatien neun Beobachter:innen. Mexiko beteiligt sich mit einem:einer weiteren Beobachter:in.

Die Hauptversorgungsrouten US-amerikanischer Soldat:innen in Afghanistan führte lange Zeit durch Pakistan. Mehr als die Hälfte des Nachschubs der Truppen wurde im pakistanischen Hafen Karatschi umgeladen und von dort aus nach Afghanistan transportiert.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Pakistan 83 Prozent im Jahre 2017 und ist damit im Vergleich zu dem vorherigen Erhebungsjahr nur geringfügig gesunken (2015: 84 Prozent). Im Vergleich zu anderen asiatischen Staaten weist Pakistan hinter Bangladesch die höchste Rate an Technologiepiraterie in dieser Region auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA-Angaben im Jahr 2017 auf geschätzte 267 Millionen US-Dollar (2015: 276 Mio. USD).

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Nach einem von Pakistan als traumatisch empfundenen Desinteresse durch die USA und andere westliche Staaten nach Beendigung des Kalten Krieges, katapultieren die Anschläge des 11. September 2001 Pakistan als Nachbar Afghanistans und Verbündeter im nachfolgenden „Kampf gegen den Terror“ wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Mit Milliardenhilfen wurden Armee und Sicherheitsorgane unterstützt. Diese Unterstützung hält im Wesentlichen trotz breit angelegter anti-amerikanischer Stimmung bis heute an, auch wenn die ehemalige Trump-Regierung im Spätsommer 2018 drohte, die Militärhilfe so lange einzufrieren, bis Pakistan seine Rolle als Patron und Rückzugsraum für Talibangruppen aufgibt.

In Pakistan hat sich seit 2001 ein erhebliches internes Terrorismusproblem herausgebildet, nachdem die Armeeführung jahrzehntelang islamistische Gruppen für den Einsatz gegen indische und afghanische Kräfte instrumentalisiert hatte. Die massive Zunahme sektiererischer Gewalt ist nur ein Indikator dafür. Nach dem Anschlag auf die Armeeschule in Peschawar im Dezember 2014 hat Pakistan mit dem sog. Nationalen Aktionsplan ein umfangreich rigoroses Antiterrorismuspaket für das Inland aufgelegt und in Kraft gesetzt, in dessen Folge die Zahl der Anschläge und quantitative Indikatoren politischer Gewalt zurückgegangen sind. Mit dem Beitritt zur Internationalen Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen zu Beginn 2009 unterstreicht Pakistan sein Bekenntnis zur Terrorbekämpfung.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Pakistan ist ein wichtiges Zielland des internationalen Frauenschmuggels. Experten schätzen, dass täglich 100 bis 150 Frauen, zum größten Teil aus Myanmar und Bangladesch, illegal nach Pakistan eingeschleust und an Bordellbesitzer:innen verkauft werden. Es wird vermutet, dass allein 200.000 Frauen aus Bangladesch in Pakistan als illegale Sexarbeiterinnen arbeiten. Die weitgehende Untätigkeit der pakistanischen Behörden wird von Menschenrechtsorganisationen bemängelt.

Pakistan ist eine zentrale Drehscheibe im internationalen Drogenhandel. Sowohl Cannabis als auch Mohn werden im Land angebaut. Afghanisches Opium wird in Pakistan zu Heroin verarbeitet, bevor es nach Europa oder Nordamerika exportiert wird.

Pakistan ist auch ein großer Produzent von Kleinwaffen. Der *Small Arms Survey* nimmt an, dass in Pakistan hergestellte Waffen nicht-staatliche Akteure in Indien sowie Widerstandsgruppen in Kaschmir, im Nahen Osten und in Europa erreichen. Die Nähe zu Afghanistan macht Pakistan zudem auch zu einem wichtigen Durchfuhrland des illegalen Kleinwaffenhandels. Staatliche Kontrollen sind minimal.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Pakistan hat bis zum Jahr 2015 regelmäßig Informationen über Rüstungsexporte und -importe an das UN-Waffenregister übermittelt. Seither hat es jedoch keinen Bericht mehr eingereicht. Im Rahmen der Berichterstattung über Militärausgaben hat Pakistan an die Vereinten Nationen keine Daten übermittelt.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die formal existierenden Gesetze zu Waffenexportkontrollen in Pakistan geben theoretisch keinen Grund zur Kritik. Es bestehen Regulierungsmechanismen sowohl für den Export wie auch für den Re-Export von Waffen, die offiziell auch das Potential der illegalen Weiterverbreitung mitberücksichtigen. Für den Export werden authentifizierte Endverbraucher-Zertifikate verlangt und im Falle eines Re-Exports von Waffen muss der ursprünglich exportierende Staat benachrichtigt werden.

Dennoch war Pakistan in der Vergangenheit in den Fokus des Interesses gerückt, nachdem bekannt wurde, dass der führende pakistanische Nuklearforscher und „Vater der pakistanischen (islamischen) Bombe“ Abdul Qadeer Khan Kopf eines internationalen Netzwerkes war, das illegal Technologien, atomwaffenfähiges Material und Know-how an Staaten wie Iran, Libyen und Nordkorea weitergegeben hat. Khan, pakistanischer Nationalheld und ein enger Vertrauter und Berater in nuklearen Fragen des früheren Präsidenten Musharraf, wurde daraufhin auf Druck der Vereinigten Staaten von diesem entlassen. Nach einer öffentlichen Bitte um Verzeihung begnadigte Musharraf Khan, wobei bis heute nicht gänzlich geklärt werden konnte, inwieweit die damalige pakistanische Regierung in den brisanten Wissenstransfer verstrickt war.

Viele Waffen werden zudem aus Pakistan nach Tadschikistan ausgefahren und gelangen dort über die lange und unübersichtliche Grenze nach Afghanistan. Ein zentraler Faktor für den Aufstieg der Taliban unter Mullah Omar waren ihre zahlreichen Kriegsressourcen, die unter anderem durch illegale Waffenlieferungen aus Pakistan gespeist wurden. Der Waffenschmuggel floriert insbesondere an der Grenze zu Afghanistan, wo rund 1.000 illegale Waffenproduktionsfirmen ein reges Geschäft betreiben. Mehr als hundert Waffen werden dort Berichten zufolge pro Tag produziert, darunter Sturmgewehre, Handfeuerwaffen, Handgranaten und sogar Flugabwehrgeschütze. Eine Stunde außerhalb der Stadt Peschawar befindet sich zudem der größte Schwarzmarkt für Waffen, wo beispielsweise AK-47 Nachbauten bereits für 50 US-Dollar erhältlich sind. Die Waffen sind Imitate der Modelle, die die USA in den 1980er Jahren an die Mudschahedin lieferten. Es werden regelmäßig Fälle bekannt, in denen noch auf pakistanischem Gebiet Waffen konfisziert werden, die in Richtung afghanisch-pakistanischer Grenze geschmuggelt werden sollten. Gleichzeitig häufen sich Fälle, in denen in afghanischen Konfliktregionen, wie beispielsweise Kundus, illegal eingefahrene pakistanische Waffen entdeckt werden. So wurden im April 2015 für Taliban bestimmte Waffen und ICOM Radios in Kundus konfisziert. Meist kommen diese Waffen aus der Stadt Darra, wo ein Großteil der illegalen Waffenfabriken ihren Sitz hat. Dabei werden meist Routen gewählt, die nicht dauerhaft von Sicherheitskräften kontrolliert werden. Ziel dieses landesinternen Schmuggels ist meist die Stadt Peschawar, die eine Art Sammelstation und Verteilerzentrum der illegalen Waffen darstellt. Immer wieder kommt es auf diesen Routen zu Verhaftungen.

Auch der Seeweg ist eine beliebte Schmuggelroute: Im April 2014 wurde zudem ein Fall bekannt, in dem über das Meer von Pakistan über Bangladesch Waffen nach Indien geschmuggelt wurden. 2009 wurde bekannt, dass deutsche Pistolen aus Bundeswehrbeständen auf dem Schwarzmarkt in Afghanistan und Pakistan gehandelt werden, darunter Waffen aus einer Lieferung des Bundesverteidigungsministeriums von 10.000 Pistolen an die afghanischen Sicherheitskräfte.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

During the period under review, Pakistan showed improvement in some of the World Bank's Doing Business indices. Several major state-owned enterprises (SOEs) that were slated for privatization were exempted from the process. Pakistan's low cash reserves led it to seek significant financing from Saudi Arabia, the United Arab Emirates and China – the latter tied to the \$60 billion China-Pakistan Economic Corridor (CPEC) that has promised to turn the port of Gwadar in Balochistan into a significant regional commercial transit point (although the CPEC is of longer-standing duration). Although the new government formed by national cricket star and anti-corruption populist Imran Khan's Pakistan Tehreek-e-Insaf (Pakistan Justice Movement) party had promised to end the "begging-bowl culture," it is likely that Pakistan will pursue another IMF bailout, and as of the time of writing, had indeed appeared to have commenced initial conversations in this direction.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

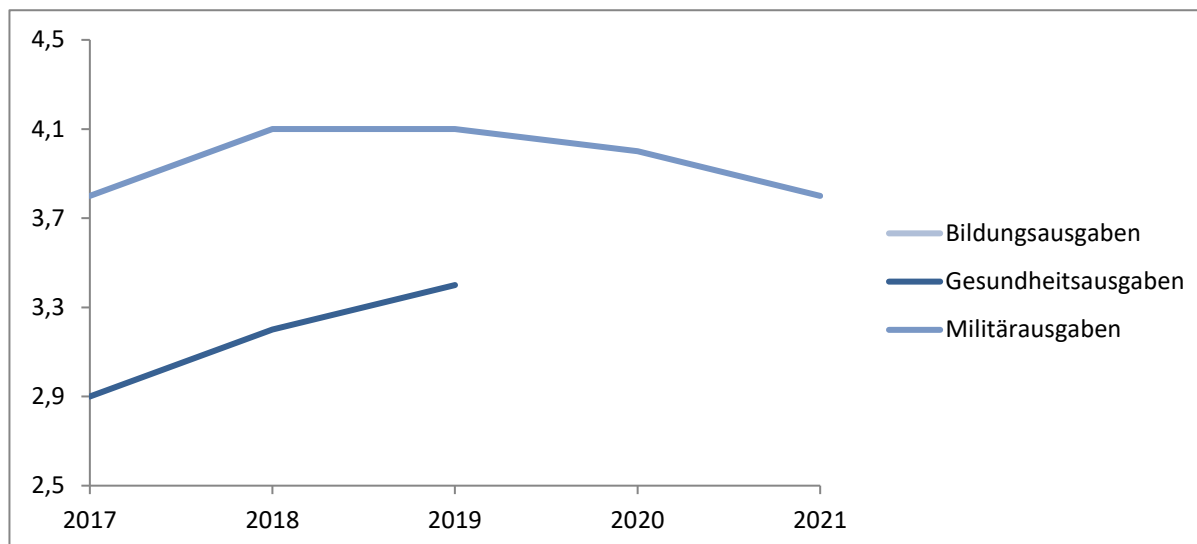
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	9492	10717	10579	10395	10324
Militärausgaben/BIP	3,8	4,1	4,1	4,0	3,8
Gesundheitsausgaben/BIP	2,9	3,2	3,4	-	-
Bildungsausgaben/BIP	2,9	-	2,5	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung	73057	86047	93546	100831	108530
Anteil am BIP (in Prozent)	26,3	28,2	29,9	36,5	41,3
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	1773,8	1319,3	982,3	877,9	-
Net ODA (% of GNI)*	0,58	0,4	0,3	0,3	-
Deutsche ODA Zahlungen*	139,4	124,9	70,1	48,7	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2016	2017	2018	2019	2020
Militarisierungswert	262,6	265,3	269,6	272,7	270,1
Index-Platzierung	26	22	17	20	23

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2016	2017	2018	2019	2020
Afghanistan	Militarisierungswert	178,4	176,6	180,9	179,6	188,9
	Index-Platzierung	68	69	67	70	67
China	Militarisierungswert	153,7	150,8	149,1	149,2	149,9
	Index-Platzierung	91	92	94	94	97
Indien	Militarisierungswert	180,5	180,2	179,9	179,1	190,7
	Index-Platzierung	66	67	69	71	65
Iran	Militarisierungswert	251	253,9	232,2	225,4	226,5
	Index-Platzierung	31	29	35	41	42

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2021.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2017	2018	2019	2020	2021
Afghanistan	Militärausgaben (absolut)	185	202	242	280	285
	Militärausgaben/BIP	0,9	1,0	1,1	1,4	-
China	Militärausgaben (absolut)	221918	234917	246361	257973	270017
	Militärausgaben/BIP	1,7	1,7	1,7	1,8	1,7

		2017	2018	2019	2020	2021
Indien	Militärausgaben (absolut)	67939	70902	75249	72937	73575
	Militärausgaben/BIP	2,5	2,4	2,5	2,9	2,7
Iran	Militärausgaben (absolut)	23488	19871	16317	15825	17575
	Militärausgaben/BIP	3,1	2,5	2,1	2,2	2,3

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2015	2016	2017	2018	2019
HDI-Wert	0.536	0.542	0.550	0.552	0.557

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und o (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

In Pakistan ist eines der am höchsten militarisierten Länder der Welt. In den letzten Jahren belegte das Land durchgehend sehr hohe Plätze (zwischen 26 und 17) auf dem Globalen Militarisierungsindex. Damit liegt das Land deutlich über seinen Nachbarländern. Mit 4,1 % des BIP gab das Land entsprechend viel für sein Militär aus. Im Vergleich zu den Gesundheits- (3,4 %) bzw. Bildungsausgaben (2,5) stehen diese in einem deutlichen Missverhältnis, insbesondere angesichts Pakistans niedrigen HDI-Wert von 0,557 (2019). Dieser steht für die großen Entwicklungsdefizite des Landes, die nicht nur den Gesundheits- und Bildungsbereich betreffen, sondern auch die Stellung der Frau, den Zugang zu Arbeitsplätzen, die Infrastruktur und die effektive sowie effiziente Regierungsführung. Nach Angaben des UNDP sind etwa 38 % der Bevölkerung Pakistans von multidimensionaler Armut betroffen. Auch auf dem Gender Inequality Index belegte Pakistan 2019 den vorletzten Platz. Auch wenn das Land in der Datenbank in Bezug auf Kriterium 8 als unkritisch eingeschätzt wird, so scheint jedoch deutliche Vorsicht angebracht. In der Vergangenheit verhinderten insbesondere schlechte Regierungsführung und das geschlossene politische System, welches kaum Partizipation zulässt, dass das wirtschaftliche Potenzial Pakistans zum Wohle der Allgemeinheit eingesetzt wurde. Hierbei spielt auch das Militärs eine zentrale Rolle, welches nicht nur als zentraler politischer, sondern auch als ökonomischer Akteur in Erscheinung tritt.